

REPORT

**Konjunktur:
Es geht zäh voran**

REPORT

Editorial	3
Konjunktur	
Österreich Konjunktur	4
BA-Konjunkturindikator	6
Internationale Konjunktur	7
Osteuropa Konjunktur	8
Branche: Fremdenverkehr	10
Finanzmarkt	
Finanzmarkt Ausblick	13
Asset Allocation	14
Themen	
EU-Erweiterung – Start und Ziel in Kopenhagen?	16
Integration Donauraum	18
Tabellen	
Österreich/International	20
Osteuropa	22

Die Autoren dieser Ausgabe:

- Mag. Stefan Bruckbauer.....Leiter-Stv. der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
- Mag. Kurt FesselhoferMitarbeiter der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
- Mag. Marianne KagerLeiterin der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
- Mag. Marc PointeckerMitarbeiter der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
- Mag. Nikolaus GörgResearch Ausland, Asset Management Vermögensverwaltungsgesellschaft
- Mag. Peter Rieger.....Leiter der Repräsentanz Brüssel der Bank Austria Creditanstalt
- Mag. Peter Schneidewind.....Geschäftsführer des Österreichischen Instituts für Raumplanung (ÖIR)
- Mag. Günter WolfMitarbeiter der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt

Impressum: REPORT

Herausgeber, Verleger, Medieninhaber: Bank Austria Creditanstalt Gruppe
<http://www.ba-ca.com>
 E-Mail: inter.contact@ba-ca.com
 Redaktion: Abteilung Konzernvolkswirtschaft und Marktanalysen; Produktion: Abteilung Group Public Relations
 Auskünfte: + 43 (0) 505 05 DW 41964 (Inhalt), (+ 43 (0) 505 05 DW 56137 (Produktion)
 Redaktionsschluss: 22.7.2002
 Abdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe
 Druck: AV-Druck, Faradaygasse 6, 1030 Wien;
 Design&Grafik: Horvath, Leobendorf
 Gedruckt auf chlorfrei gebleichten Papier
 Titelfoto: Corbis Stock Market

Publikationen-Service:

Telefon: + 43 (0) 505 05 DW 56148,
 Fax: + 43 (0) 505 05 DW 56945,
 E-Mail: pub@ba-ca.com

Kopenhagen – europäische Hauptstadt der Erweiterung?

Weniger als vier „Arbeitsmonate“ trennen uns vom möglichen Abschluss der Beitrittsverhandlungen. Da der August bei den europäischen Institutionen traditionell als Urlaubsmonat gilt, bleibt der Dänischen Ratspräsidentschaft nicht mehr viel Zeit, um die Verhandlungen anlässlich des Europäischen Rates in Kopenhagen – wie geplant mit zehn Kandidaten – abzuschließen.

Die Bewerberländer haben in den letzten Jahren gewaltige wirtschaftliche und soziale Reformen vollzogen. Auch die 31 Verhandlungskapitel, die den gesamten Rechtsbestand, auf den die Europäische Union und der Gemeinsame Markt basieren, sind überwiegend abgeschlossen. So gesehen sind mehr als 95 % der gesteckten Ziele erreicht. Dennoch gibt es noch einige Stolpersteine, die die Dänische Ratspräsidentschaft bis Dezember aus dem Weg räumen muss. Vor allem die Finanzierungsfrage und die Ratifikation des Vertrages von Nizza durch Irland könnten zu einer Verzögerung führen. Dänemark hat in letzter Zeit wiederholt darauf hingewiesen, dass eine Verzögerung des Abschlusses der Beitrittsverhandlungen das gesamte Projekt in Gefahr bringen könnte. Dahinter verbirgt sich natürlich der Wunsch

Dänemarks, Kopenhagen zur „europäischen Hauptstadt der Erweiterung“ zu machen. Bereits im Jahr 1993 wurde in Kopenhagen von den damals 12 Europäischen Staats- und Regierungschefs der Prozess der Erweiterung eingeleitet. Der Abschluss dessen mit 10 ehemals kommunistischen Ländern Zentral- und Osteuropas in Kopenhagen würde den Kreis schließen und einen großen Erfolg für die Dänische Ratspräsidentschaft bedeuten. Unabhängig von der politischen Wunschvorstellung Dänemarks besteht aber tatsächlich die Gefahr, dass eine Verzögerung des Verhandlungsabschlusses einen großen Rückschlag für den Erweiterungsprozess bedeuten könnte. Ist einmal der Zeitdruck nicht mehr gegeben, könnten einige Bewerberländer, aber auch einige Mitgliedstaaten das Aufknüpfen einiger bereits vorläufig abgeschlossener Kapitel verlangen, um durch weitere Verhandlungen zu „besseren“ Ergebnissen zu kommen. Auch die Finanzierungsfrage wird sich voraussichtlich nur dann lösen lassen, wenn der entsprechende Zeitdruck und politische Druck gegeben sind.

Die Frage der Finanzierung betrifft in erster Linie den Unterstützungsmechanismus in der Landwirtschaft. Hier geht es weniger um die Erweiterung an sich, sondern

um das grundsätzliche Problem der Finanzierung der Landwirtschaft. Unabhängig von der Erweiterung ist einigen Mitgliedstaaten das bestehende System der Direktzahlungen auf Dauer zu aufwendig. Dies ist keinesfalls verwunderlich, da die Landwirtschaft schon heute rund 50 % des gesamten EU-Haushalts für sich in Anspruch nimmt. Will Europa tatsächlich zum innovativsten und dynamischsten Wirtschaftsraum werden, wird hierfür ein Transfer der Haushaltsmittel von der Landwirtschaft in Bereiche wie Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Innovation nötig sein. An den vielfach zurückhaltenden bis ablehnenden Reaktionen einiger Mitgliedstaaten auf die von der Kommission nun vorgeschlagene Reform der Landwirtschaftspolitik zeigt sich jedoch, wie schwer es für einige Mitgliedstaaten ist, eine teilweise Reduktion der gewohnten Mittelzuwendungen aus Brüssel zu akzeptieren. Eine grundlegende Reform mit künftig 25 Mitgliedstaaten durchzusetzen, wird jedoch noch schwerer sein. Dies weiß Deutschland und macht daher den Abschluss der Beitrittsverhandlungen von einer davor zu erfolgenden grundsätzlichen Einigung über die teilweise Aufgabe der aufwendigen Direktzahlungen abhängig.

Haben die Mitgliedstaaten einmal Einigung dazu erzielt, geht es an die Verhandlungen mit den Bewerberländern. Diese sind sich bislang gemeinsam darüber einig, dass eine Lösung, die erst im Jahr 2013 ein Erreichen von 100 % der Direktzahlungen vorsieht, nicht akzeptabel ist. So betrachtet hat es seit dem Kommissionsvorschlag vom Februar dieses Jahres keine Fortschritte zu dieser Problematik gegeben.

Sind diese Fragen durch entsprechende Bemühungen von beiden Seiten zu lösen, so kann auf die irische Bevölkerung nur mittels Information Einfluss ausgeübt werden. Sofern das im Spätherbst stattfindende neuerliche Referendum abermals eine Ablehnung des Nizza-Vertrages mit sich bringt, steht die Union vor der schwierigen Entscheidung die Erweiterung vorläufig tatsächlich anzuhalten, oder was rechtlich möglich ist, das Votum zu ignorieren und die für die Erweiterung nötigen Bestimmungen im Zuge der Beitrittsakte durch das irische Parlament ratifizieren zu lassen.



Der Aufschwung entwickelt sich zäher als erwartet

Die Konjunktur in Österreich – Analyse und Prognose für 2002 und 2003

Die österreichische Konjunktur zeigt vorerst noch eine verhaltene Belebung. Erst ab dem dritten Quartal wird eine stärkere Dynamik erwartet, sodass für den Jahresdurchschnitt 2002 nunmehr mit einer Steigerung des BIP in Höhe von 1,4% (real) gerechnet wird. Die gegen Jahresende erreichte Dynamik sollte auch 2003 anhalten und zu einem BIP-Wachstum von 2,4% führen.

Die Rezessionsphase war in Österreich zwar nur von kurzer Dauer, jedoch gestaltet sich der nunmehrige Aufschwung zäher als bisher angenommen. Im 1. Quartal 2002 konnte, sowohl gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres als auch gegenüber dem Vormonat, ein knapp über 0 liegendes reales Wirtschaftswachstum erreicht werden. Für das 2. Quartal 2002 ist auf Grund der bisher vorliegenden Daten mit einer Steigerung des Brutto-Inlandsproduktes (BIP) von weniger als 1 % zu rechnen.

Der erwartete Konjunkturpessimismus in den USA macht sich schneller bemerkbar als bisher angenommen. Insbesondere in Deutschland und Italien – den beiden zu den wichtigsten Handelspartnern Österreichs zählenden Ländern – kommt der Aufschwung nur zögernd voran.

Dies wirkt sich entsprechend ungünstig auf die

Warenexporte aus, deren Dynamik insbesondere im 1. Halbjahr 2002 sehr schwach war und die erst im 2. Halbjahr wieder an Kraft gewinnen sollten.

Auch die Investitionsbereitschaft ist derzeit sehr schwach ausgeprägt. Die Ausrüstungsinvestitionen wachsen im Vergleich zu den Vorjahren kaum und die realen Bauinvestitionen werden ein weiteres Mal geringer als im Vorjahr sein.

Konjunkturstabilisierend werden immerhin die Ausgaben für den privaten Konsum wirken, deren Zuwachs etwas höher wie im Vorjahr sein wird.

Per saldo rechnen wir im Laufe der zweiten Jahreshälfte mit einer zunehmenden Dyna-

mik der meisten Wirtschaftskomponenten, sodass für das laufende Jahr ein BIP-Wachstum in Höhe von 1,4 % angenommen wird.

Für 2003 gehen wir von einem realen Wirtschaftswachstum in Höhe von 2,4 % aus. Exporte und Ausrüstungsinvestitionen sollten im Jahresdurchschnitt stärker als 2001 zunehmen und auch die Bauwirtschaft müsste wieder ein, wenn auch schwaches Plus erreichen.

Schwache Entwicklung der Warenexporte

Die schwache Konjunkturentwicklung in den wichtigsten Handelspartnern Österreichs spiegelt

sich entsprechend in der Exportbilanz wider. Im März 2002 wurde mit einem Minus von 2,3 % im Jahresvergleich der stärkste Rückgang seit 1996 verzeichnet. Für das gesamte 1. Halbjahr 2002 ist daher mit einer Dämpfung der Ausfuhrdynamik zu rechnen, eine deutliche Erholung ist erst im Laufe der 2. Jahreshälfte zu erwarten. Für den Jahresdurchschnitt gehen wir bei den Warenexporten von einer realen Steigerung in Höhe von 4,8 % aus.

Eine Besserung ist für 2003 in Aussicht. An der zunehmenden Erholung der Weltwirtschaft sollte auch die österreichische Exportindustrie partizipieren können,

Konjunkturprognose Österreich

	1999	2000	2001	Bank Austria Prognose Juli 2002	
				2002	2003
Wachstum real, in %					
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	2,8	3,0	1,0	1,4 -	2,4 +
Privater Konsum	2,7	2,5	1,3	1,5 -	1,9 +
Bruttoinvestitionen	2,2	3,6	-2,7	-0,5 -	3,7 +
Ausrüstungsinvestitionen	4,3	11,1	-3,8	1,7 -	5,8 =
Bauinvestitionen	-0,7	0,3	-1,7	-1,7 -	1,5 =
Exporte im weiteren Sinn	8,7	12,2	4,5	4,7 +	7,8 -
Importe im weiteren Sinn	8,8	11,1	2,9	3,4 -	7,3 -
Leistungsbilanzsaldo					
(in Mrd. Euro)	-6,3	-5,7	-4,8	-5,0 -	-4,5 =
(in % des BIP)	-3,2	-2,8	-2,3	-2,3 -	-2,0 =
Verbraucherpreisanstieg (%)	0,6	2,3	2,7	1,9 +	1,8 +
Arbeitslosenquote (gemäß EU-Norm, in %)	3,9	3,7	3,6	4,0 +	3,6 =
Arbeitslosenquote (gemäß AMS, in %)	6,7	5,8	6,1	6,8 +	6,4 +

Quelle: Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft / + der Wert wurde gegenüber der letzten Prognose erhöht / - der Wert wurde gegenüber der letzten Prognose gesenkt / = gegenüber der letzten Prognose keine Veränderung / x in der letzten Prognose gab es keinen vergleichbaren Wert

sodass wir für den Jahresdurchschnitt 2003 mit einem realen Zuwachs von 7,4 % rechnen.

Die schwache Inlandsnachfrage, insbesondere nach Investitionsgütern und dauerhaften Konsumgütern, führt bei den Warenimporten ebenfalls zu schwachen Zuwächsen (+3,3 %, real).

2003 wird die kräftigere Investitionstätigkeit und die leichte Beschleunigung des privaten Konsums zu einer Steigerung der Warenimporte führen. Für den Jahresdurchschnitt liegt die Voraussage bei +6,7 % (real).

Erfreuliche Entwicklung im Tourismus

Die letzte Wintersaison hat sich erfreulich entwickelt, wobei Skitourismus-Destinationen mehr profitiert haben als der Städtetourismus.

Für die Sommermonate muss mit einem schwächeren Zuwachs gerechnet werden, da insbesondere die Konjunkturflaute in Deutschland sich negativ auf die Reisen auswirken könnte.

Bei den Einnahmen aus dem Reiseverkehr rechnen wir mit einem Plus von 3,0 % (real; 2001: 2,7 %). 2003 wird die Steigerung voraussichtlich 2,6 % betragen.

Die Auslandsreisen der ÖsterreicherInnen werden nur moderat zunehmen. Bei den Ausgaben für Auslandsreisen bzw. Warendirektimporten erwarten für 2002 eine Steigerung um 1,8 % und für 2003 um 1,5 %.

Flaute bei den Investitionen

Die konjunkturelle Abschwächung führte bereits 2001 zu einem Rückgang der realen Ausrüstungsinvestitionen in Höhe von 3,8 %. Auch zu Jahresbeginn war die Investitionstätigkeit verhalten,

eine Zunahme der Investitionsbereitschaft wird erst für den weiteren Jahresverlauf erwartet. Für den Jahresdurchschnitt 2002 rechnen wir mit einem Zuwachs von 1,7 % (real) – immerhin wieder ein Wachstum, aber im Vergleich zu den Vorjahren ein deutlich schlechteres Ergebnis.

2003 sollte die verbesserte Konjunktursituation wieder zu einer deutlichen Steigerung bei den Ausrüstungsinvestitionen führen. Wir erwarten für den Jahresdurchschnitt eine Zunahme um 5,8 % (real).

Bauwirtschaft: auch 2002 ein Minus

Schon 2001 verzeichneten die Bauinvestitionen ein Minus von 1,7 % (real) und auch für heuer zeichnet sich ein gleich hohes negatives Ergebnis ab.

Die rückläufige Entwicklung der letzten Jahre begründet sich vor allem im Bereich des Hochbaus, und zwar sowohl im Wohnbau als auch im Bürobau.

Der Wohnbau wies 2001 bereits das fünfte Jahr in Folge eine negative Entwicklung aus und eine anhaltende Trendwende ist noch nicht absehbar.

Die von der Bundesregierung angekündigten Investitionen lassen zwar für den Tiefbau eine positivere Entwicklung erwarten, damit kann aber im laufenden Jahr nur ein weiteres Absacken der Baukonjunktur verhindert werden.

Ein bescheidenes Wachstum von 1,5 % (real) wird erst für das Jahr 2003 erwartet.

Konsum wächst weiterhin moderat

Der private Konsum wird im laufenden Jahr voraussichtlich um 1,5 % (real) an-

steigen und damit ein weiteres Mal maßgeblich die Konjunktur stabilisieren. Das Wachstum des privaten Konsums wird durch den Verbrauch nichtdauerhafter Güter bestimmt, bei den dauerhaften Gütern ist eine Stagnation zu verzeichnen.

Die im Zuge der Konjunkturbelebung wieder steigenden verfügbaren Einkommen sollten 2003 ein höheres Konsumwachstum – insbesondere bei den dauerhaften Konsumgütern – als 2002 ermöglichen. Im Jahresdurchschnitt sollte der Konsum real um 1,9 % zunehmen.

Öffentliche Haushalte: wieder ein Defizit

Die öffentlichen Haushalte konnten 2001 per saldo eine ausgeglichene Bilanz ausweisen, für das laufende Jahr scheint dieser Erfolg kaum erzielbar.

Die vorgezogene Entrichtung von Einkommen- und Körperschaftsteuern als Reaktion auf die neu eingeführte, sogenannte „Anspruchsverzinsung“ hat zwar die Erreichung des Nulldefizites im Jahr 2001 maßgeblich erleichtert, dafür fehlen diese Mittel nunmehr im laufenden Jahr. Und im Gefolge der Konjunkturabschwächung bleiben heuer die Steuereinnahmen hinter dem Voranschlag zurück. Per saldo rechnen wir mit einem Defizit von 0,4 % des BIP.

2003 sollte im Zuge der Konjunkturverbesserung das Erreichen eines Nulldefizites prinzipiell wieder leichter möglich sein. Bei Umsetzung einer kleinen Steuerreform muss allerdings wieder mit einem Defizit in einer Größenordnung von etwa 0,4 % gerechnet werden.

Inflation bei knapp unter 2%

Die Steigerung der Verbraucherpreise erreichte zur Jahresmitte 2001 ihren Höchststand und sank danach kontinuierlich ab. Im April 2002 wurde im Jahresabstand eine Inflation von 1,8 % errechnet, im Mai 1,9 % und für den Juni 1,7 %. Auch für den Rest des Jahres rechnen wir mit einer ruhigeren Preisentwicklung, allerdings kann für den weiteren Jahresverlauf kein weiteres Absinken des Inflationsniveaus erwartet werden. Tabaksteuererhöhung und insbesondere die Erholung der Weltwirtschaft werden kaum einen weiteren Rückgang der Inflation ermöglichen.

Für den Jahresdurchschnitt 2002 gehen wir von einem Anstieg der Verbraucherpreise in Höhe von 1,9 % aus.

Für 2003 ist aus heutiger Sicht nicht mit inflationären Entwicklungen in größerem Stil zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt könnte daher die Inflation bei 1,8 % liegen.

Arbeitslosenzahl auf hohem Niveau

Die Statistik wies für den Juni 2002 mit rund 191.700 um etwa 17,6 % mehr Arbeitslose als im Vergleichsmonat des Vorjahres aus. Besonders hoch war mit +22,6 % der Anstieg bei der Jugendarbeitslosigkeit.

Damit wurde auch in diesem Monat das hohe Niveau an Arbeitslosigkeit beibehalten, welches bereits zum Jahresende 2001 entstanden ist.

Für den Jahresdurchschnitt 2002 rechnen wir mit einer Arbeitslosenquote (gemäß AMS) von 6,8 %.

Für 2003 erwarten wir eine leichte Entspannung, die Arbeitslosenquote sollte auf 6,4 % zurückgehen. ■

BA/CA-Konjunkturindikator für Österreich:

Nach Trendwende geht es langsam nach oben

- ◆ **Erholung der Industrie beginnt langsam**
- ◆ **Delle in den USA dämpft jedoch auch Europas Aufschwung**
- ◆ **Risiken wieder gestiegen**

Der BA/CA-Konjunkturindikator hat sich im Juni erneut nicht verbessert. Die wesentlichen Faktoren des Indikators haben sich nur wenig verändert. Dem leichten Anstieg des Optimismus bei der Industrie in Österreich stand ein leichter Rückgang des Optimismus in der gesamteuropäischen Industrie gegenüber. Die Stimmung der Konsumenten hat sich, abgesehen von einem kurzen Aufflackern im März, seit Februar nicht verbessert. War es zuerst die österreichische Industrie, der der Optimismus fehlte, so sind es nun die Kon-

sumenten. Die Industrie hat die Rezession beendet, ihr fehlen aber die starken Impulse. Auch die äußerst schwache Baukonjunktur dämpft die Erholung weiter.

Die Erholung der US-Wirtschaft hat zwar auch zur Erholung in Europa beigetragen, die Unsicherheit über die weitere Entwicklung hemmt jedoch die Industrie in der Eurozone. Die Stimmung der Industrie hat sich sogar leicht verschlechtert. Die Abschwächung in den USA hemmt zusätzlich die bereits schwache Nachfrage aus Deutschland und Italien sowie in Folge auch den Aufschwung in Österreich. Auch der gestiegene Euro könnte kurzfristig die Stimmung der europäischen Industrie verschlechtern, wird aber keine große Belastung.

Im zweiten Quartal 2002 dürfte Österreichs Wirtschaft trotzdem gegenüber dem noch schwachen Vorquartal wieder spürbar gewachsen sein. Obwohl sich die Konsumstimmung nur wenig verbessert hat, dürfte die private Nachfrage verglichen mit dem sehr schwachen ersten Quartal zugelegt haben. Auch die erstmals im April wieder wachsende Industrieproduktion trägt einen Teil zur Erholung bei. Trotz dieser Erholung bleibt das Wachstum im Vergleich zum Vorjahr auch zur Jahresmitte nach unserer Meinung bei unbefriedigenden 1 %. Wir sind jedoch optimistisch, dass die Delle auch in den USA überwunden werden kann, Europa in der zweiten Jahreshälfte wieder deutlich zulegen kann. Allerdings sind

die Risiken für eine negative Konjunkturüberraschung in der zweiten Jahreshälfte größer geworden.

Die Skepsis über die US-Erholung könnte sich noch einige Zeit fortsetzen, damit ist auch ein Überschreiten der Parität beim Dollarkurs des Euro möglich. Allerdings gehen wir davon aus, dass mittelfristig der Euro sich bei der Parität einpendeln wird. Wenn der Euro mittelfristig einen Wert um 1 behält, was wir annehmen, stellt der Anstieg keine Gefahr für die Erholung dar, geht es jedoch zügig weiter nach oben, dämpft dies die Wirtschaft in Europa sicherlich.

Das derzeitige Konjunkturbild lässt nur eine moderate Zinserhöhung erwarten. Vor allem in den USA könnte die Zinserhöhung sogar auf nächstes Jahr verschoben sein, wenn sich bis dahin die Aussichten wieder verbessert haben werden. Die EZB wird jedoch, glaubt man ihren eigenen Einschätzungen, die Zinsen noch im Herbst erhöhen, da sie von einer Inflation nahe 2 % und zu Jahresende von einem Wachstum über 2 % ausgeht. ■

BA/CA-Konjunkturindikator Österreich

Der BA/CA-Konjunkturindikator versucht, eine Schätzung des Konjunkturklimas ein halbes Jahr vor Veröffentlichung der BIP-Zahlen zu geben.

Ziel ist es, sehr schnell einen Anhaltspunkt über die aktuelle Konjunktursituation, der über die Befragung der Industrie hinausgeht, zu erhalten.

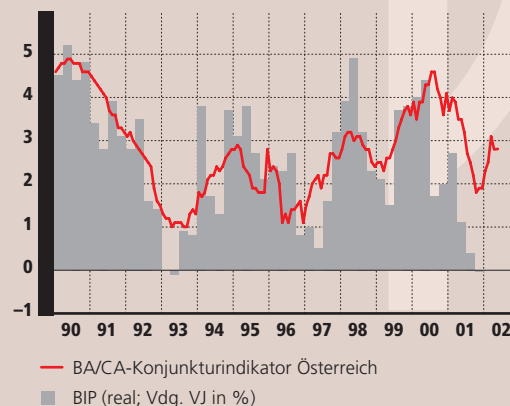
Die Komponenten des BA/CA-Konjunkturindikators sind:

- ◆ das Vertrauen der österreichischen Industrie (Gewichtung 10 %),

- ◆ das Vertrauen der Industrie im Euroland gewichtet nach dem österreichischen Außenhandel (Gewichtung 30 %),
- ◆ das Vertrauen der österreichischen Verbraucher (Gewichtung 50 %),
- ◆ das Wachstum der Konsumkredite (Gewichtung 10 %).

Die ersten drei Indikatoren basieren auf dem „EU Business and Consumer Survey“.

Die einzelnen Indikatoren werden dabei gewichtet und standardisiert und ergeben dann einen Schätzwert für den Trend des aktuellen Wirtschaftswachstums.



Quelle: BA/CA Konzernvolkswirtschaft

stefan.bruckbauer@ba-ca.com
 Stefan Bruckbauer

Konjunktur international

Erholung legt Pause ein

Nachwirkungen der Rezession dämpfen derzeit die Aufschwungsdynamik. Vor allem die Verbraucher sind skeptisch.

USA

Nach dem nochmals nach oben revidierten Wachstum des ersten Quartals von 6,1 % hat sich die konjunkturelle Dynamik deutlich eingebremst. Die Industrieproduktion konnte trotz des starken Zuwachses seit Jahresbeginn noch immer nicht das Vorjahresniveau erreichen. Die monatlichen Zuwachsraten haben sich zudem abgeschwächt. Allerdings zeigen die Auftragseingänge und vor allem auch die Stimmungskennindikatoren der Industrie weiterhin auf eine positive Entwicklung.

Deutlich negativer präsentiert sich derzeit der private Verbrauch. Die Einzelhandels-

umsätze haben sehr deutlich an Dynamik verloren und waren schließlich im Mai gegenüber dem April rückläufig.

Wesentlichen Anteil am Rückgang der Konsumentenstimmung hat natürlich die rückläufige Entwicklung an den Aktienmärkten, welche die Vermögenssituation der US-Bürger verschlechterte und auch das Vertrauen in die weitere Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs dämpfte.

Obwohl es derzeit in den USA gelingt, die Ausfälle beim privaten Verbrauch vor allem durch Staatsausgaben wettzumachen, bleibt für die Einschätzung der mittelfristigen Nachhaltigkeit der Erholung das Verhalten der Verbraucher die entscheidende Größe. Damit kommt der weiteren Entwicklung der Aktienmärkte nicht nur als dämpfender Faktor bei der

Finanzierung von Unternehmen, sondern auch für den privaten Konsum eine wichtige Rolle zu. Wir gehen jedoch von einer Erholung aus, auch wenn es vorher nochmals nach unten gehen kann. Zudem sollte die anhaltend starke Entwicklung der Immobilienpreise die private Vermögensposition stärken.

Euroraum

Weiterhin spielt die Entwicklung in den USA für den Euroraum eine große Rolle. Weniger in Form von Ex- und Import als durch die Stimmung. So hat sich die rasche Erholung in den USA zum Jahreswechsel mit einiger Verzögerung auch im Euroraum bemerkbar gemacht. Vor allem das Industrietrauen konnte sich von seinem Tief im Herbst erholen. Allerdings hat sich die Stimmungsverbesserung in der europäischen

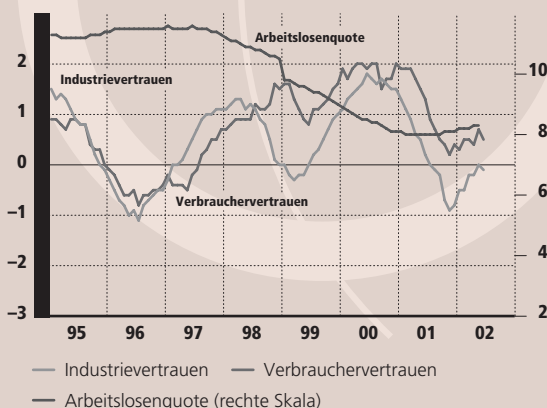
Industrie seit März deutlich verlangsamt. Schließlich ist die Stimmung im Juni sogar wieder gesunken. Offensichtlich macht sich neben der Skepsis der weiteren US-Entwicklung auch die rasche Aufwertung des Euro negativ in der Stimmung bemerkbar.

Auch die Konsumentenstimmung hat unter der Unsicherheit der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung gelitten. Dies ist umso negativer als die Konsumentenstimmung sich im Euroraum bisher noch kaum von ihrem Tief im November 2001 erholt hat. Positiv ist jedoch zu bemerken, dass im Juni sich die Konsumentenstimmung in Deutschland, die bisher sehr negativ war, erstmals verbesserte.

Vom stark gestiegenen Euro dürften mittelfristig keine zu stark negativen Effekte auf die Konjunktur ausgehen, wenn er nicht dauerhaft deutlich über 1 liegen sollte.

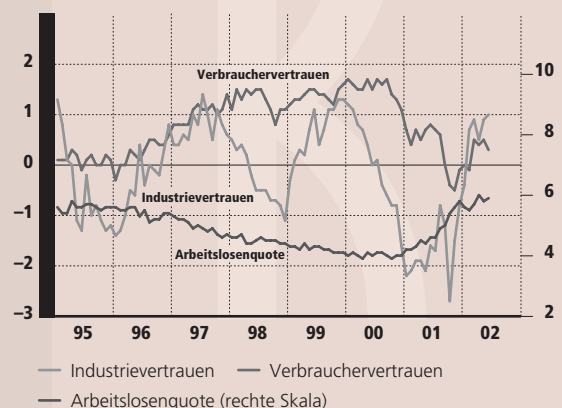
Insgesamt bestätigt die derzeitige Entwicklung der Stimmungskennindikatoren unsere eher pessimistische Sicht der Erholungsdynamik im Euroraum. Allerdings halten wir weiter daran fest, dass sich die Erholung fortsetzen wird. ■

Konjunktur Euroraum



Quelle: BA/CA Konzernvolkswirtschaft

Konjunktur USA



Quelle: BA/CA Konzernvolkswirtschaft

Wachstumsvorsprung Osteuropas

Inflation wird im zweiten Halbjahr wieder steigen

Die dänische EU-Präsidentschaft, die bis Dezember 2002 läuft, hat die EU-Erweiterung zur Priorität ihrer Amtszeit deklariert. Um den Zeitplan einer Erweiterung bis 2004 einhalten zu können, ist ein weitgehender Abschluss der Verhandlungen in diesem Halbjahr nötig.

Doch dieses Vorhaben wird alles andere als leicht realisierbar sein. Da ist zunächst das zweite Referendum über den Vertrag von Nizza in Irland im Oktober. Die Zustimmung der Iren ist Voraussetzung für die Erweiterung.

Wahljahr 2002

Weiters haben die Wahlen in vielen Mitgliedsländern und Beitrittswerberländer die

politischen Verhältnisse verändert.

In der Europäischen Union kam es bei den Wahlen in Portugal und Frankreich zu einem Rechtsruck, in Irland wurden die Konservativen wiedergewählt.

In den Beitrittswerberländern waren hingegen in Ungarn und in Tschechien die Sozialdemokraten erfolgreich. Ob, und wenn ja welche Auswirkungen es für den Erweiterungsprozess gibt, ist noch nicht klar abzusehen.

Dann kommen im September die Wahlen in Deutschland und in der Slowakei. Erst danach wird sich langsam der Staub legen und Abschlüsse der heiklen Kapitel Finanzen und Haushalt, Landwirtschaft sowie Regionalpolitik möglich sein.

Doch die Zeit wird dann knapp. Die acht osteuropäischen Beitrittswerberstaaten, die theoretisch für einen Beitritt 2004 in Frage kommen, haben derzeit zwischen 24 und 28 der insgesamt 31 Verhandlungskapitel abgeschlossen.

Wer wird die Slowakei regieren?

In der Slowakei wird das Abschneiden der in Meinungsumfragen führenden HZDS von Expremier Meciar mit kritischem Interesse verfolgt. Das Ergebnis der Wahlen könnte eine HZDS-SMER Regierung ohne Meciar sein. SMER liegt in Meinungsumfragen an zweiter Stelle. Bei einer solchen Regierung werden sich die Verhandlungen mit der EU wahrscheinlich schwieriger gestalten als derzeit, ein Abbruch der

Verhandlungen ist aber nicht zu erwarten.

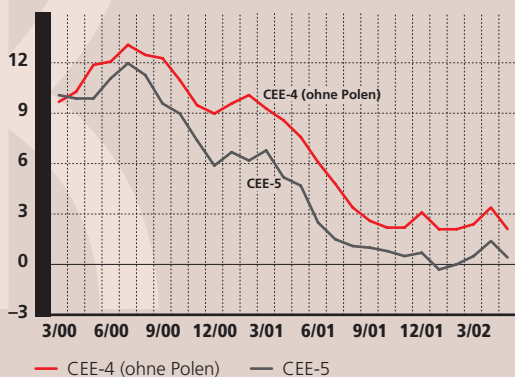
Damit ist das Wahljahr 2002 aber noch nicht vorbei. In Slowenien werden Präsidentschaftswahlen stattfinden, Lettland wählt im Oktober ein neues Parlament und im November finden Präsidentschaftswahlen in Litauen statt. Von diesen Wahlgängen sind jedoch geringere Auswirkungen auf die EU Beitrittsverhandlungen zu erwarten.

Osteuropa hält Wachstumsvorsprung

2001 gelang es den Ländern Osteuropas mit Ausnahme Polens die globale Konjunkturschwäche abzuschütteln. Alle Beitrittswerber werden auch 2002 wirtschaftlich gegenüber der EU aufholen und Wachstumsraten zwischen 3 % und 5 % erreichen.

Industrieproduktion

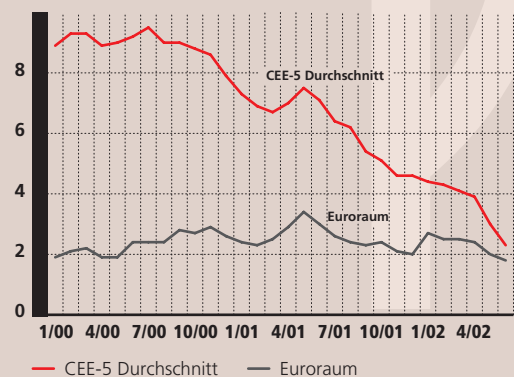
3-Monatsdurchschnitt in %



Quelle: BA/CA Konzernvolkswirtschaft

Inflation

in %



Quelle: BA/CA Konzernvolkswirtschaft

Nur Polen wird in diesem Jahr neuerlich zurückbleiben und mit 1,2 % Wirtschaftswachstum so wie schon im Vorjahr das osteuropäische Schlusslicht bilden. Während die starke Binnenkonjunktur in den meisten osteuropäischen Ländern die Wirtschaft antreibt, hält die Investitionsschwäche in Polen an. Geringe Profitabilität der Unternehmen und hohe Realzinsen sind die wichtigsten Ursachen dafür, dass das hohe Wachstum der Vergangenheit im Vorjahr ein Ende fand. Derzeit sind die Konjunkturssignale in Polen gemischt. Mit einem nachhaltigen Aufschwung kann erst im kommenden Quartal gerechnet werden.

In Tschechien werden die Investitionen, vor allem ausländische Direktinvestitionen, das Wachstum von 3,1 % stützen. Ungarns Wirtschaft wird ebenfalls von der Stärke der Investitionen, aber auch vom privaten Konsum profitieren und 2002 einen BIP-Zuwachs von 3,6 % erreichen. In der Slowakei schwächt sich das Investitionswachstum zwar ab, es unterstützt aber auch 2002 den BIP-Zuwachs von 3,5 %. Eine ähnliche Entwicklung gibt es in Slowenien, das in diesem Jahr sein BIP real um 3,2 % erhöhen kann.

Auch in den Balkanländern wird das Wirtschaftswachstum 2002 über 3 % liegen. Die höchsten Wachstumsraten der EU-Beitrittswerberländer werden jedoch wie schon 2001 die baltischen Staaten mit einem realen BIP-Zuwachs zwischen 4 % und 4,4 % erreichen.

EU-Erholung unterstützt Wachstum

Die ersten Anzeichen einer Erholung der europäischen Konjunktur sind für die Länder Mittel- und Ost-

europas bereits in Form langsam anziehender Exporte bemerkbar. Im Laufe des Jahres sollten sich diese Anzeichen verstärken und die Exporte wieder kräftiger wachsen. Jedoch erholt sich die westeuropäische Konjunktur nur schleppend, sodass erst im kommenden Jahr mit hohen Zuwachsraten im Export gerechnet werden kann.

2003 werden die osteuropäischen Wirtschaften ihren Wachstumsvorsprung gegenüber der Europäischen Union weiter halten können. Jedes der Beitrittswerberländer wird kommendes Jahr sein Wirtschaftswachstum steigern können. Polen bleibt zwar Schlusslicht, wird aber aufgrund steigender Exporte und einer Trendwende bei den Investitionen, unterstützt von einem schwächeren Zloty und tieferen Realzinsen, einen BIP-Zuwachs von immerhin 3 % erreichen. Die anderen osteuropäischen Beitrittswerberländer werden zwischen knapp 4 % und 5 % Wirtschaftswachstum erzielen.

Unterschiedliche Tendenzen bei Leistungsbilanz

Die Leistungsbilanzdefizite der osteuropäischen Länder entwickeln sich in unterschiedliche Richtungen: Das polnische Leistungsbilanzdefizit war nach den ersten fünf Monaten 2002 auf Vorjahresniveau. Auch für das Gesamtjahr 2002 wird das Leistungsbilanzdefizit den Vorjahreswert nur wenig übertreffen und wie im vergangenen Jahr 4 % des BIP betragen.

In Tschechien hingegen verringerte sich das Leistungs-

bilanzdefizit in den ersten vier Monaten dieses Jahres. Zurückzuführen war diese Entwicklung auf eine Verringerung des Handelsbilanzdefizits. Durch diese Entwicklung wird das Leistungsbilanzdefizit von 4,6 % im Vorjahr auf 3,8 % 2002 sinken.

Die gegenteilige Entwicklung kann in Ungarn beobachtet werden. Der private Konsum führt zu einem Importsog, bei nur mäßig wachsenden Exporten. Gleichzeitig sinkt der Überschuss aus der Dienstleistungsbilanz wegen geringerer Tourismuseinnahmen. Daher wird sich das Leistungsbilanzdefizit 2002 nahezu verdoppeln und 3,5 % des BIP erreichen.

In der Slowakei wird das Leistungsbilanzdefizit zwar schrumpfen, aber noch immer 7,7 % des BIP betragen. Die Finanzierung des hohen Defizits kann mittelfristig durch Direktinvestitionen, vor allem Privatisierungserlöse sichergestellt werden.

Inflation erreicht Tiefstand ...

Fallende Inflationsraten prägten in Osteuropa in der ersten Jahreshälfte 2002 das Bild. In den acht Beitrittskandidatenländern Osteuropas, die auf einen Beitritt in der ersten Erweiterungsrunde hoffen, betrug die Inflationsrate im Juni nur mehr 2,3 % im Jahresabstand. 2001 lag die Teuerungsrate noch bei 6,2 %. Im vergangenen Jahr unterstützten starke Währungen, etwa die Kursstärke der tschechischen Krone, des polnischen Zloty oder des ungarischen Forint, und ausbleibende Erhöhungen regulierter Preise im Vorfeld von Parlamentswahlen beispiels-

weise in der Slowakei die rückläufige Preisentwicklung. In allen Ländern wirkten die im Vergleich zum Vorjahr geringeren Rohstoffpreise inflationsdämpfend.

... wird aber im zweiten Halbjahr steigen

Sobald diese Effekte im zweiten Halbjahr auslaufen, ist jedoch wieder mit steigenden Inflationsraten zu rechnen. Die Ölpreise waren im zweiten Halbjahr 2001 stark gesunken, sodass selbst bei gleichbleibenden Rohölpreisen in den nächsten Monaten die Treibstoff- und Energiekosten im Jahresabstand steigen werden. Durch die relativ hohe Energieintensität der osteuropäischen Volkswirtschaften wird das auf die Inflationsraten durchschlagen.

Auch die Aufwertung der osteuropäischen Währungen hat sich in den ersten Monaten 2002 verlangsamt und teilweise sogar umgekehrt. Daher wird der preisdämpfende Effekt der Aufwertungen im weiteren Jahresverlauf abnehmen.

Trotzdem wird die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt in allen osteuropäischen Ländern gegenüber 2001 zurückgehen. Slowenien und Ungarn werden mit 7,7 % bzw. 6 % 2002 die höchste Teuerung aufweisen. In Polen (3 %), der Slowakei (3,6 %), Tschechien (2,9 %) und den baltischen Staaten (zwischen 1,3 % und 4,3 %) werden die Inflationsraten deutlich unter 5 % liegen.

Nur in den Balkanstaaten, die jedoch erst später mit einem EU-Beitritt rechnen können, liegt die Inflation höher: In Bulgarien wird die Teuerung 2002 7,1 % betragen und im chronischen Hochinflationsland Rumänien 24,5 %.

Polen weist sowohl 2002 als auch 2003 die schwächste Entwicklung von allen Beitrittswerbern auf.

Urlaubsland Österreich

Der Tourismus meldet wieder Rekorde

Es sind zwar keine Nachfrager rekorde mehr, wie noch vor zehn Jahren, sondern in der Zwischenzeit Einnahmen rekorde. Die konsequente Verbesserung der Angebotsqualität trägt also Früchte. Weitere Restrukturierungsmaßnahmen in der heimischen Tourismuswirtschaft sind dennoch notwendig, um das weiterhin hohe wirtschaftliche Risiko in der Branche zu vermindern.

Die hervorragende Stellung Österreichs als internationale Tourismusdestination, die Anfang der 90er Jahre ihren bislang letzten Höhepunkt fand, beruht auf den spezifischen Standortvorteilen des Landes: der Landschaft, den Sportmöglichkeiten und der sehr oft sehr guten Fremdenverkehrsinfrastruktur. In den letzten zehn Jahren musste dann der Sektor allerdings kräftige Nachfrage-

einbußen verbuchen, ausgelöst durch die Konjunkturschwäche in wichtigen Herkunftsländern, der Verschlechterung des Preis-Leistungsverhältnisses des heimischen Angebots und dem Preisverfall bei Flugpauschalreisen. Die Konkurrenten heimischer Wintersportorte waren plötzlich nicht nur in der Schweiz ansässig, sondern auch auf den Seychellen. Schließlich brachten die neuen Wettbewerbsbedingungen erhebliche Modernitäts- und Imagedefizite des heimischen Fremdenverkehrsangebots zum Vorschein, die massive Restrukturierungsmaßnahmen erforderten.

Österreich hat im internationalen Reisemarkt kontinuierlich Marktanteile verloren. Gemessen an den Deviseneinnahmen aus dem Reiseverkehr erreichte der Marktanteil Österreichs in Europa Mitte der 70er-Jahre seinen Höchststand mit fast

12 %, Anfang der 90er nur mehr rund 9 % und ist dann bis 2000 auf 5,2 % gefallen. Der kontinuierliche Positionsverlust des heimischen Fremdenverkehrs konnte erst 2001 gestoppt werden, der Marktanteil kletterte wieder auf 5,4 %. Den österreichischen Hoteliers und Gastwirten hat neben der erfolgreichen Verbesserung ihres Angebots zum Teil auch die Verunsicherung im internationalen Flugtourismus nach dem 11. September geholfen.

Rekordjahr 2001

Der Zusammenbruch des internationalen Flugtourismus im vierten Quartal 2001 dämpfte die heimische Tourismuswirtschaft relativ wenig. Nach einem hervorragenden Winterergebnis 2000/2001, mit einem Umsatzwachstum von knapp 9 %, blieb die Nachfrage in der Sommersaison zwar schwach. Der Umsatz stieg aber immerhin noch um

6,3 %. Das Umsatzplus von 4,5 % im anschließenden Winter 2001/2002 war vor dem Hintergrund des Rekordwinters im Jahr davor wieder ein bemerkenswert gutes Ergebnis.

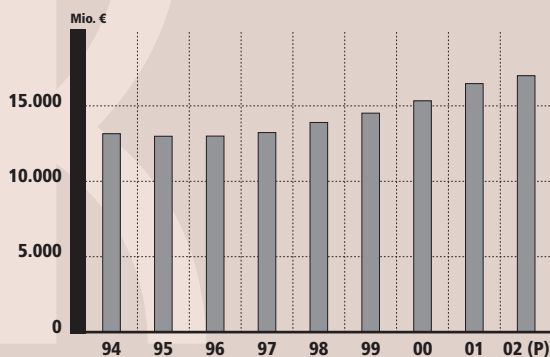
Im Gesamtjahr 2001 wurden zwar die Übernachtungsrekorde von Anfang der 90er-Jahre verfehlt. Allerdings bedeuten fast 27 Millionen Gästeankünfte einen neuen Höchststand. Der Durchschnittsgast blieb kürzer (4,3 Tage im Vergleich zu 5,1 Tagen noch vor zehn Jahren), gab aber mehr für seinen Österreichurlaub aus. Insgesamt erreichten die Einnahmen 16,5 Milliarden Euro (siehe Grafik 1). Die Einnahmen sind pro Übernachtung vor allem aufgrund folgender Faktoren gestiegen:

◆ Nachfrageeinbußen beschränkten sich in erster Linie auf Privatquartiere und schlechter ausgestattete Gewerbebetriebe. Beispielsweise sind in den letzten zwei Sommer die Übernachtungen in 1/2-Stern-Betrieben um durchschnittlich 7 % pro Saison gesunken, während die 4/5-Stern-Betriebe ein Nächtigungsplus von knapp 3 % im Saisondurchschnitt verbuchten.

(Grafik 1)

Tourismuseinnahmen

Inkl. internationale Personentransporte

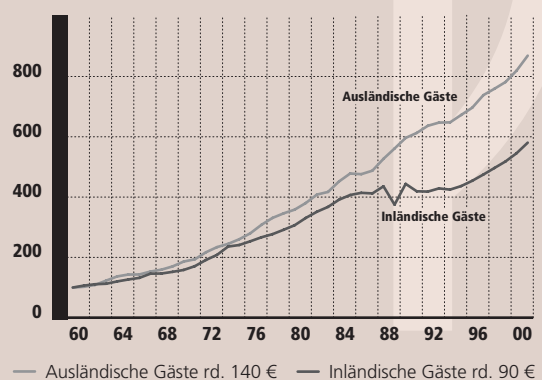


Quelle: Statistik Österreich, OeNB; BA/CA Konzernvolkswirtschaft

(Grafik 2)

Einnahmen pro Übernachtung

1960 = 100



Quelle: Statistik Österreich, WIFO; BA/CA Konzernvolkswirtschaft

◆ Winterurlaube in Österreich, in denen deutlich mehr ausgegeben wird als im Sommer, waren in den letzten Jahren besonders gefragt. Erfreulicherweise sind die Einnahmen aber auch im Sommer gestiegen.

◆ Der Einnahmefall im Städtetourismus 2001 wurde durch die gestiegene Nachfrage nach Thermen-/Wellnessangeboten kompensiert. Schon fast 10 % aller Österreicher-Gäste verbrachten einen Gesundheitsurlaub.

◆ Schließlich sind noch immer viele Gäste aus Übersee gekommen, angelockt durch den relativ billigen Euro und natürlich das attraktive Angebot. Sie geben im Urlaub deutlich mehr aus als der österreichische Durchschnittsgast, mit 130 Euro im Sommer rund doppelt soviel. (siehe Grafik 2)

Die nähere Zukunft

Die Erwartungen für die Sommersaison 2002 sind vor-

sichtig, weil sich die Konjunkturerholung in wichtigen österreichischen Reisemärkten, vor allem in Deutschland, doch deutlich verzögert hat. Dennoch sollte ein Umsatzplus von gut 3 % möglich sein. Da die Reiselust aufgrund der Konjunkturflaute noch gedämpft bleibt, wird der heimische Fremdenverkehr voraussichtlich auch 2003 nur ein durchschnittliches Ergebnis verbuchen können. Der Sektor Beherbergungs- und Gaststättenwesen wächst also 2002/2003 kaum rascher als der Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche, das heißt im Bereich von 2 bis 3 % im Jahr.

Wirtschaftsfaktor Fremdenverkehr

Das heißt auch, dass der Beitrag des Fremdenverkehrs zur Wirtschaftsleistung des Landes kaum zunimmt. Beschränkt man die Sichtweise auf das Beherbergungs- und Gaststättenwesen, stammen

rund 8,4 Milliarden Euro oder 4,2 % des österreichischen BIP vom Fremdenverkehr, beziehungsweise stellt der Sektor knapp 150.000 Arbeitsplätze zur Verfügung. Eine weiter gefasste Abgrenzung des Sektors, unter Einrechnung der touristischen Ausgaben für Leistungen der Reisebüros, für Transportleistungen oder für Kultur, ergibt einen BIP-Beitrag von 6 %. Rechnet man dazu noch die zahlreichen indirekten Effekte, über die Lieferverflechtungen beispielsweise mit dem Handel oder der Landwirtschaft, liefert der Fremdenverkehr einen Anteil zur heimischen Wirtschaftsleistung des Landes von knapp 10 %.

Ungeachtet seiner gesamtwirtschaftlichen Bedeutung ist der Fremdenverkehr in vielen Regionen des Landes einer der wichtigsten Wirtschaftszweige, vor allem in den tourismusintensiven Gebieten West- und Südöster-

reichs. Für einen Großteil der ortsansässigen Bevölkerung in diesen Gebieten ist der Tourismus fast überlebenswichtig. Der BIP-Anteil nur vom Beherbergungs- und Gaststättenwesen erreicht in Tirol 11 % und in Salzburg immerhin noch 7 %. Nicht zuletzt hat die Tiroler Bevölkerung mit durchschnittlich 60 Gästeübernachtungen je Einwohner im Jahr eine „intensive“ Beziehung zur Branche als der Durchschnittsösterreicher, auf den statistisch „nur“ 14 Gästeübernachtungen entfallen. In den frequentestesten Fremdenverkehrsgemeinden Österreichs, in Saalbach-Hinterglemm und Sölden, sind es hingegen pro Einwohner 550 bis 600 Übernachtungen im Jahr.

Beherbergungsbetriebe

Im Zuge der Restrukturierung des Beherbergungssektors wurden in erster Linie Kapazitäten in den unteren Kategorien abgebaut beziehungsweise es wurde ihr Ausstattungsstandard angehoben. So ist die Zahl aller Beherbergungsbetriebe zwischen 1995 und 2001 um durchschnittlich 0,8 % im Jahr gesunken (auf 19.800), die Zahl der 1/2-Stern-Betriebe um -6,6 % jährlich. Die Bettenauslastung verbesserte sich zwar, blieb aber unbefriedigend gering. Beispielsweise war die Auslastung der gewerblichen Bettenkapazitäten 2001 mit durchschnittlich 33 % nicht nennenswert höher als noch vor zehn Jahren.

Für eine rentable, krisensichere Branchenstruktur sind die Kapazitäten noch zu hoch, wie auch ein internationaler Vergleich bestätigt. Die Bettenauslastung liegt in allen wichtigen europäischen Tourismusdestinationen um wenigstens 10 % über dem Österreichwert.

Übernachtungen/Herkunft der Gäste

	Winter 2002 Veränderungen zum Vorjahr	Sommer 2001	Winter 2001	Gesamtjahr 2001 in 1.000	
Gesamt	1,8 %	-0,7 %	3,4 %	1,3 %	115.073
Inländer	-0,2 %	-0,5 %	1,9 %	1,1 %	31.433
Ausländer	2,4 %	-0,8 %	3,9 %	1,3 %	83.640
<i>Wichtige Nachfrageländer:</i>					
Deutschland	0,9 %	-1,7 %	3,0 %	0,8 %	52.769
Niederlande	4,5 %	8,7 %	5,4 %	4,1 %	7.678
Schweiz	9,0 %	6,1 %	7,4 %	6,9 %	3.091
Großbritannien	10,7 %	-10,5 %	10,9 %	-0,9 %	9.037

Unterkunftswahl

	Winter 2002 Veränderungen zum Vorjahr	Sommer 2001	Winter 2001	Gesamtjahr 2001 in 1.000	
Hotels u.ä. Betriebe	1,7 %	-0,9 %	3,9 %	1,2 %	72.531
davon: Kategorie A	3,1 %	4,1 %	6,5 %	3,1 %	32.510
Kategorie B	1,8 %	-2,7 %	4,1 %	1,5 %	26.905
Kategorie C	-1,8 %	-8,5 %	-1,7 %	-3,7 %	13.116
Privatquartiere¹	1,7 %	-6,3 %	3,1 %	0,0 %	22.968
Sonstige Quartiere²	2,5 %	-4,0 %	1,8 %	3,1 %	19.575

Quelle: Statistik Austria; BA/CA Konzernvolkswirtschaft / 1) Inklusiv privater Ferienwohnungen / 2) Kur- und Erholungsheime, Sanatorien, Jugendherbergen, Ferienwohnungen etc. Sommersaison: Mai bis Oktober, Wintersaison: November bis April

Trotz der anhaltenden Auslastungsprobleme trägt die qualitative Aufwertung des Angebots Früchte, insofern als die Erträge der Branche steigen (siehe Grafik 3). Leider blieb eine Verbesserung der Finanzierungsstruktur noch aus: Eine Auswertung der Österreichischen Hotel-treuhand ergab, dass der Fremdkapitalanteil der 4/5-Stern-Betriebe in den letzten Jahren in etwa gleichgeblieben ist (108 %) und bei den 3-Stern-Betrieben sogar deutlich gestiegen ist, von 105 % 1995 auf 124 % 2000. Der Mangel an Eigenkapital gepaart mit dem hohen Investitions- und Finanzierungsbedarf der Branche, notwendig um die Qualitätsstandards aufrecht zu erhalten, fördert das Insolvenzrisiko in der Branche.

In den Krisenjahren 1993 bis 1996, mit Nachfrageausfällen im Sommer von fast 6 % im Jahr, konnten ein Viertel der 1.500 österreichischen Tourismusgemeinden Zuwächse verbuchen. Zum Teil erzielten einzelne Gemeinden, oft einzelne Betriebe in Regionen mit massiven Nachfrageinbußen, bemerkenswerte Erfolge. Das Institut für touristische Raumplanung identifizierte die wesentlichen, sicher auch in Zukunft gültigen Erfolgsfaktoren dieser Regionen/Betriebe:

- ◆ Hohe Angebotsqualität – egal in welcher Kategorie. Gut ausgestattete Drei-Stern-Betriebe verkaufen sich besser als Vier-Stern-Betriebe am unteren Ausstattungsniveau.
- ◆ Fachliche Kompetenz, Engagement und hohe Identifikation mit dem Angebot vom Betriebsinhaber.
- ◆ Kooperation: Werden in einer Region keine touristischen Aktivitäten angeboten, sollten die Betriebe Veran-

staltungen u.ä. gemeinsam organisieren, um die Saisonen zu verlängern.

- ◆ Kooperation: Die gezielte, intensive Vermarktung der Region ist notwendig und umso erfolgreicher, je mehr Profil das Angebot hat. Kooperationen bieten besonders kleineren Betrieben nicht nur in der Vermarktung Vorteile. Beispielsweise wächst die Wertschöpfung aller Beteiligten in einem gemeinsamem Informations- und Reservierungssystem, je mehr Tourismuseinrichtungen einer Region angesprochen werden können. Schließlich kann ohne eine umfassende lokale Integration der Tourismusbetriebe keine optimale Kapazitätsauslastung erreicht werden und in weiterer Folge keine nennenswerte Verbesserung der Ertragslage.

Verpflegungsbetriebe

Anders als im Beherbergungssektor wurden in der österreichischen Gastronomie laufend neue Betriebe eröffnet, seit 1995 mehr als 4.000; insgesamt gab es 2001 52.200 Betriebe im Land. Ein Großteil der Neueröffnungen ist in Segmenten zu finden, die keinen Befähigungsnachweis

erfordern, das sind beispielsweise Würstel- und Kebabstände oder Frühstückspensionen. Ihre Zahl wuchs seit 1995 um fast 75 % auf insgesamt 3.400 Betriebe.

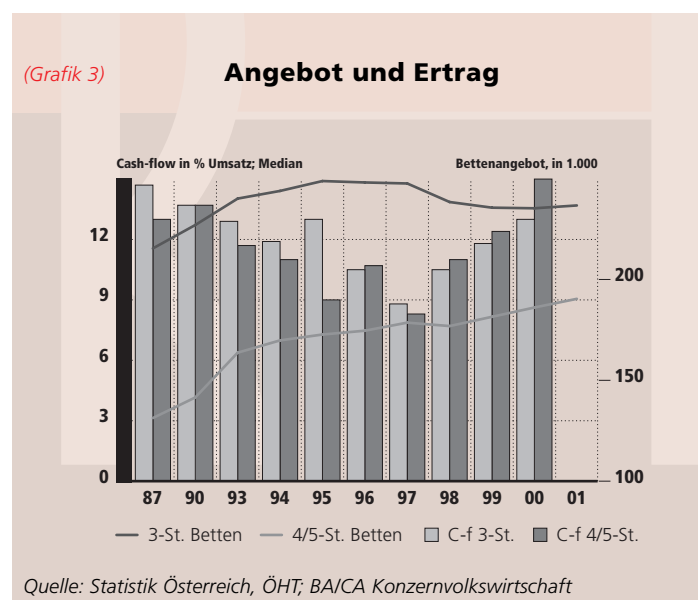
Der Branchenumsatz ist von 1995 bis 1999 um 18 % auf 4,3 Mrd. Euro gestiegen, (das Ergebnis bezieht sich allerdings nur auf eine Grundgesamtheit von 22.000 Betrieben). 2000 und 2001 hat sich das Umsatzwachstum fortgesetzt, berücksichtigt man die Strukturänderungen zugunsten der Systemgastronomie, die positiven Unternehmensmeldungen und die florierenden Tourismumsätze. Im Branchendurchschnitt waren in der zweiten Hälfte der 90er Jahre sogar leichte Ertragszuwächse möglich. Am hohen wirtschaftlichen Risiko in der Gastronomie dürfte sich allerdings wenig verändert haben: Das Institut für Gewerbeforschung ermittelte für 1999/2000 ein durchschnittliches Fehlkapital von 30 % (!) der Bilanzsumme.

Touristische Zukunft des Landes

- ◆ An Gästen wird es der Branche auch in Zukunft nicht mangeln. EU-weit wird

im nächsten Jahrzehnt mit einem jährlichen Wachstum der Tourismuseinnahmen von knapp 3 % preisbereinigt gerechnet. Die Erwartungen für Österreich liegen noch etwas darüber. Langfristig wird vor allem die Osterweiterung, genauer die wachsende Kaufkraft der Bevölkerung in den osteuropäischen Ländern, für stärkere Zuwächse sorgen.

- ◆ Ein guter Teil der zusätzlichen Nachfrage wird der Gastronomie zugute kommen. Darüber hinaus kann damit gerechnet werden, dass die Nachfrage nach „Außer-Haus-Verpflegung“ weiter wächst. Allein zwischen 1994 und 2000 haben die österreichischen Haushalte für Restaurantbesuche, Fast-Food- oder Take-Away-„Nahrung“ um 13 % mehr ausgegeben. Im Vergleich dazu sind die Ausgaben für Lebensmittel im selben Zeitraum um 1 % gesunken.
- ◆ Der Wertewandel in der Gesellschaft erhöht generell das Freizeitverlangen und fördert den Trend zu mehrmaligen Kurzurlauben im Jahr.
- ◆ Der Gesundheitsurlaub gewinnt weiter an Bedeutung – jenseits einfacher Modetrends. Ein klar definierter Gesundheitstourismus, der nicht nur Spaß macht, sondern auch nachweisbar gesundheitsfördernd wirkt, ist eine der wertschöpfungsstärksten und wissensintensivsten Tourismusformen. Deshalb ist die Sparte auch besonders prädestiniert dafür, die Wettbewerbsfähigkeit des Fremdenverkehrs in Hochlohnländern langfristig zu erhalten.
- ◆ Darüber hinaus wird die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Angeboten anhalten. Das bedeutet keinen Kahlschlag bei den Billigangeboten, ist aber ein Hinweis darauf, dass die Qualität billigerer Kategorien laufend verbessert werden muss. ■



Finanzmarkt Ausblick

Viel Bewegung

Ausgehend von den USA kam es ab Ende Mai zu einer deutlichen Korrektur am Finanzmarkt. Euro, Aktien und Renditen änderten die Richtung.

Am 17. Mai 2002 erreichte der Dow-Jones-Index noch einen Wert über 10.350, anschließend kam es zu einem Kursverlust von 13 % bis Anfang Juli. Parallel dazu kam es zu einer massiven Umschichtung in Richtung Anleihen, die Renditen für US-Staatsanleihen gingen von 5,24 auf 4,74 zurück. Begleitet wurde diese Umschichtung mit einem deutlichen USD-Verfall, der Euro konnte sich von 0,92 auf knapp 1 erholen, was eine Abwertung des USD von fast 10 % bedeutet.

Hintergrund dieser massiven Kursbewegungen auf Aktien-, Anleihen- und Devisenmärkten war der Stimmungswandel über Ausmaß und Qualität der US-Erholung.

Die sinkende Stimmung bei den Konsumenten, aber vielleicht noch mehr die Buchhaltungsskandale, haben das Vertrauen in die unerschöpflichen Kräfte der US-Wirtschaft stark erschüttert. Die Angst vor einem Rückfall in die Rezession hat deutlich zugenommen. Dies hat zu massiven Kapitalumschichtungen geführt. Das aus den Aktienmärkten abfließende Geld wird in risikolosere Staatsanleihen umgeschichtet. Unterstützt wurde diese Entwicklung auch von der sinkenden Inflationserwartung und damit verbunden sinkenden Angst vor einer starken Zinserhöhung durch die Fed. Sieht man sich jedoch die Entwicklung bei den Unternehmensanleihen an, so kam es auch dort, fast im gleichen Ausmaß wie bei den Staatsanleihen, zu einem Kursanstieg. Dies legt die Vermutung nahe, dass sich der Vertrauensverlust der Investoren primär auf die ge-

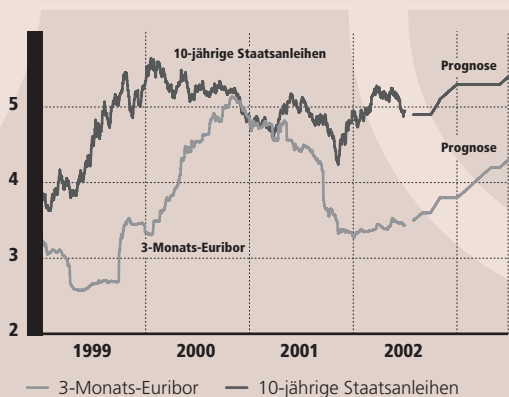
sunkenen Gewinnerwartungen als auf fundamentale Unsicherheiten über die US-Wirtschaft stützt. Mit sich verbessernder Konjunkturstimmung wird es wieder zu einer Trendwende kommen. Allerdings könnte dies noch einige Zeit dauern. Die Anpassung der Erwartung der Marktteilnehmer an die neue Realität – hinsichtlich Wirtschaftsdynamik und „sauberer“ Buchhaltung – könnte noch eine Zeit dauern.

Wir gehen davon aus, dass die US-Wirtschaft nicht ein zweites Mal in die Rezession tauchen wird, allerdings bestätigt sich unser pessimistisches Konjunkturmodell hinsichtlich der Dynamik. Diese wird vorläufig nicht annähernd die Werte des 1. Quartals 2002 erreichen können. Vor diesem Hintergrund ist auch mit einer eher späten Zinserhöhung durch die US-Notenbank zu rechnen. Es besteht sogar die Möglichkeit, dass diese erst Anfang

2003 erfolgt und vorläufig sehr moderat ausfallen wird.

Im Euroraum zeigen sowohl die Konjunktur, als auch die Finanzmärkte eine ähnliche Entwicklung wie in den USA. Trotz steigendem Euro gegenüber dem USD konnten die europäischen Aktienmärkte keinen Vorteil aus der US-Aktienmarktschwäche ziehen. Im Gegenteil, der Euro-Stoxx fiel mit 16 % sogar stärker als der Dow-Jones. Das deutlich gedämpfte Konjunkturmodell der Investoren und die damit gesunkenen Inflations- und Zinserwartungen haben auch im Euroraum die Renditen im Ausmaß von 50 Basispunkten gesenkt. Allerdings hat die EZB weiterhin signalisiert, dass sie mit einer sich beschleunigenden Wirtschaft rechnet, die bereits zu Jahresende 2002 wieder auf dem Niveau ihres Potenzial wächst. Gleichzeitig erwartet sie eine Inflation fast in Höhe ihres Zieles von 2 %. Es ist anzunehmen, dass die EZB früher als die Fed ihre Zinsen noch im Herbst erhöhen wird. Dies wird kurzfristig den Euro möglicherweise beflügeln, in weiterer Folge gehen wir jedoch von einem Kurs um die Parität aus. ■

Zinssätze Euroraum



Quelle: BA/CA Konzernvolkswirtschaft

USD per Euro



Quelle: BA/CA Konzernvolkswirtschaft

Bank Austria Asset Allocation für das 3. Quartal 2002

An den Aktienmärkten kam es im 2. Quartal dieses Jahres zu einer erneuten Kurskorrektur. Ausgelöst durch einige enttäuschende Nachrichten seitens der Konjunktur sowie insbesondere durch den aufgrund einiger Bilanzierungsskandale eingetretenen Vertrauensverlust der Anleger ging es mit den Aktienmärkten zeitweise steil nach unten.

Im Gegensatz zum September des Vorjahres waren diesmal also keine exogenen Ereignisse, sondern Probleme in der Unternehmenslandschaft selbst ausschlaggebend für erneute Kurskorrekturen. Nach Enron, Tyco und zuletzt WorldCom schaltete sich nun sogar der US-Präsident in die Entwicklung ein und forderte geeignete Maßnahmen zur Wiederherstellung des Vertrauens seitens der Investoren. Während die Aktienmärkte also stark in Mitleidenschaft gezogen wurden, profitierten im Gegenzug die Rentenmärkte von der Flucht in die Qualität und verzeichneten im 2. Quartal insbesondere in den USA Renditerückgänge. Dies ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass die letzten Konjunkturdaten die optimistische Stimmung der beiden vorangegangenen Quartale nicht rechtfertigen konnten. Grundsätzlich halten wir aber weiterhin am konjunkturellen Erholungsszenario fest. Bemerkenswert ist zusätzlich die Entwicklung

des Dollarkurses, in dessen Kursrückgang sich der Vertrauensverlust der Anleger ganz besonders widerspiegelt. Der Euro konnte bereits im Juni fast die Parität erreichen.

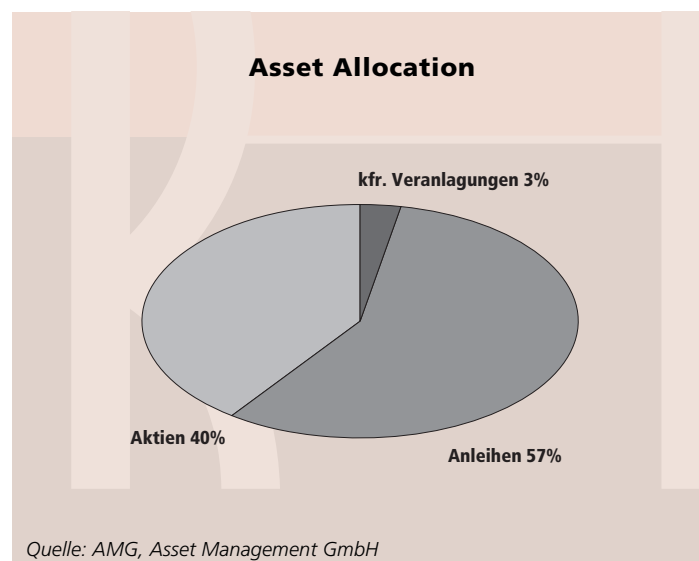
Die jeweils im Markt vorherrschende Einschätzung zur Konjunktur spiegelt sich in der Entwicklung der Renditen wider. So führten im Spätherbst 2001 die Anschläge vom 11. September und der damit verbundene Ausverkauf an den Aktienmärkten zu starken Renditerückgängen, die im Oktober ein neues Mehrjahrestief bildeten. Bis Jahresende und auch noch im 1. Quartal 2002 setzte der Rentenmarkt dann zunehmend auf eine konjunkturelle Erholung – die Renditen verzeichneten wieder deutliche Anstiege. Im 2. Quartal gab es jedoch erste enttäuschende Wirtschaftsdaten, die zwar am grundsätzlichen Szenario einer sich erholenden Welt-

wirtschaft nichts änderten, deren Geschwindigkeit und Ausmaß aber zunehmend in Frage stellten. Dazu kam nochmals eine Vertrauenskrise an den Aktienmärkten und eine Reihe von geopolitischen Bedrohungen. Vor diesem Hintergrund folgte an den internationalen Rentenmärkten im Juni eine Kursrallye, welche die Renditen teilweise auf den niedrigsten Stand des Jahres 2002 fallen ließ. Die Renditerückgänge fielen in Amerika stärker aus als im Euroland, da in Europa Inflations- und damit verbundenen Zinserhöhungsängste nie ganz so in den Hintergrund traten wie in den USA. Während also US-Staatsanleihen Ende 2001 bei 5,05 % rentierten, lagen sie Ende Juni bei 4,81 %. In der Eurozone ist der Renditerückgang weniger deutlich ausgefallen, nämlich von 4,99 % auf 4,937 %. Der US-Einkaufs-

manager-Index ISM sowie der jüngste Rückgang bei den Anträgen zur Arbeitslosenversicherung bestätigen allerdings den Erholungstrend der US-Konjunktur. Das niedrige Renditeniveau wird derzeit vermehrt durch schlechte Nachrichten seitens der Aktienmärkte gestützt.

In Zusammenhang damit ist auch die Entwicklung des Wechselkurses zwischen dem Euro-Raum und den USA zu sehen. Der Euro zeigte sich im 1. Quartal noch eher schwach bzw. vollzog eine Bodenbildung, seit Anfang April geht es mit dem Euro aber aufwärts, wobei die Befestigung gegen Ende Juni sogar noch an Geschwindigkeit zunahm. Eine entscheidende Rolle dürfte hier ebenfalls der durch einige Bilanzskandale hervorgerufene Vertrauensverlust seitens der Investoren gespielt haben. Im Juli wurde schließlich die Parität USD-Euro erreicht.

Auf den Aktienmärkten selbst nahmen die Kurse nach einer in etwa zwei Quartale dauernden Zwischenerholung gegen Ende des ersten Halbjahres 2002 ihre Talfahrt wieder auf, wobei sich der Verkaufsdruck im Juni nochmals deutlich verstärkte. Die Liste der Probleme, die den Markt belasten, ist lang: geopolitische Themen wie Terror und Nahostkonflikt gehören ebenso dazu wie anhaltende Zweifel an der Berichterstattung der Unternehmen. Hier nimmt nun nach Enron bei der US-Telefonge-



sellschaft Worldcom scheinbar der zweite Bilanzierungsskandal seinen Lauf. Außerdem gaben einige Wirtschaftsdaten Anlass zu Zweifeln bezüglich der Geschwindigkeit und Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Erholung. Der zuletzt präsentierte Einkaufsmanagerindex ISM bestätigte allerdings erneut den leichten Aufwärtstrend. Dennoch ist das Sentiment an den Aktienmärkten denkbar angeschlagen. Da nützt es beispielsweise wenig, dass einzelne Unternehmen ihre Gewinnaussichten bestätigen bzw. sogar erhöhen. Der Markt scheint im Moment für positive Nachrichten nicht wirklich aufnahmebereit und fixiert sich stark auf negative Schlagzeilen. Seit Jahresbeginn sind in Europa fast alle Branchen im Minus, wobei die Verliererliste wieder einmal von Technologie, Telekom und Medien (TMT) angeführt wird. Telekom-Unternehmen leiden derzeit generell wieder stärker unter der Verschuldungsproblematik und der Credit-rating-Herabstufungen von Moody's und Co. Die Medienwerte gerieten im Sog der Turbulenzen um

Vivendi unter Druck. Sehr schlecht schnitten auch Pharmaaktien ab, die mittlerweile ebenso wie in den USA von negativen Nachrichten betroffen sind. Ebenfalls unter Druck kamen die Finanzwerte weltweit, die einerseits unter den schwachen Aktienmärkten litten, andererseits bei Meldungen bezüglich Bilanzunregelmäßigkeiten wegen etwaigen Kredit-Exposures naturgemäß doppelt unter Druck kommen. Zu den relativen Outperformern gehören, trotz einer unterdurchschnittlichen Entwicklung im Juni, immer noch die Autos, und das, obwohl die letzten Zulassungsstatistiken eher enttäuschend waren. Nicht zuletzt deshalb mussten allerdings auch Autowerte zuletzt deutlich abgeben. Weniger als der Gesamtmarkt verloren im ersten Halbjahr auch Chemie, Grundstoffe, Energie und Nahrungsmittel. In den USA bietet sich im Prinzip ein ähnliches Bild, wobei hier neben Goldaktien vor allem Konsumwerte positiv aufgefallen sind – sie profitieren von dem mittlerweile deutlich schwächeren Dollar und den

ansteigenden Gewinnschätzungen. Ebenso stark zeigten sich US-Rüstungsaktien, die als Gewinner der politischen Konflikte gelten.

Vor dem Hintergrund der geopolitischen Bedrohungen (Krise im Nahen Osten, Terror etc.) leidet insofern gerade der US-Aktienmarkt – und damit auch der europäische – unter einer Reihe von Skandalen, die das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Börse auf eine harte Probe stellen. Aus diesem Grund gingen die Aktien gerade zu Quartalsende auf beschleunigte Talfahrt, während die Renten und auch der Goldpreis Stärke zeigten. Wir sehen zwar auch weiterhin keineswegs alle Risiken ausgeräumt, betrachten die Entwicklung aber zumindest zum Teil als eine gewisse Übertreibung nach unten, die sich in einer breiten Verkaufswelle über die meisten Sektoren Ende Juni widerspiegelte. Eine Konsolidierung auf den gegebenen Niveaus halten wir für wahrscheinlich, weshalb wir eine benchmarkneutrale Aktienposition für gerechtfertigt erachten. Insofern setzen wir unsere Aktienquote bei 40 % fest. Cash erhöhen wir

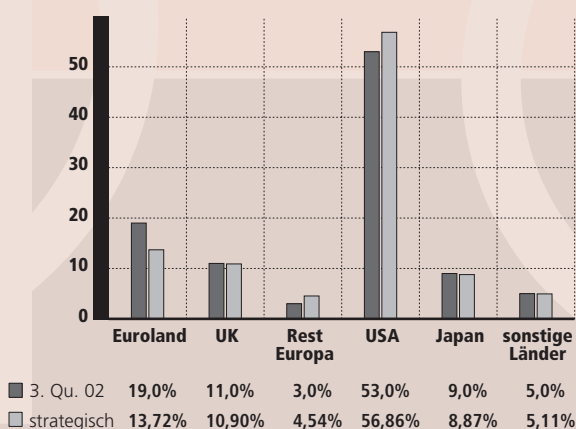
auf 3 %, auf die Renten entfallen somit 57 %.

Anleihenseitig setzen wir weiterhin auf einen nicht schwächer werdenden Euro und senken den Dollar-Anteil von 8 % auf 0 %, diese 8 % werden im Gegenzug Euro-land zugeschlagen, das somit bei 91 % hält. UK bleibt mit 4 %, Resteuropa mit 5 % gewichtet. Resteuropa bedeutet dzt. Anleihen in den Währungen Dänenkronen, Schwedenkronen, Norwegerkronen und Schweizer Franken sowie Währungen aus dem CEE-Raum (via Fonds).

Aktienseitig wurde bereits im 2. Quartal 2002 der zweiten Phase der Umstellung auf Streubesitz in den MSCI-Indizes Rechnung getragen, im 3. Quartal bleiben wir gegenüber dem 2. Quartal somit nahezu unverändert. Relativ zur Benchmark sind wir weiterhin in Euro-land übergewichtet. Auf Euro-land-Aktien entfallen aktuell 19 %; der Anteil in UK wird auf 11 % angehoben, Resteuropa bleibt mit 3 % gewichtet. Auf die USA entfallen nunmehr 53 %, auf Japan 9 %, sonstige Länder bleiben unverändert mit 5 % gewichtet. ■

Aktienallokation

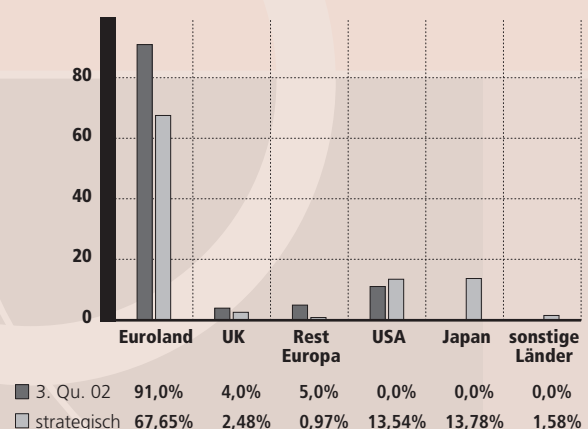
(in %)



Quelle: AMG, Asset Management GmbH

Anleihenallokation

(in %)



Quelle: AMG, Asset Management GmbH

Die Erweiterung – Start und Ziel in Kopenhagen?

Am Beginn der Erweiterung steht der Europäische Rat von Kopenhagen im Jahr 1993. Die damaligen zwölf Staats- und Regierungschefs gaben das Versprechen ab, dass „die assoziierten Mittel- und Osteuropäischen Länder, die dies wünschen, Mitglieder der Europäischen Union werden können. Ein Beitritt kann erfolgen, sobald ein assoziiertes Land in der Lage ist, den mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen nachzukommen und die erforderlichen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen (Kopenhagen Kriterien) zu erfüllen.“

Nicht ganz zehn Jahre danach könnte im Dezember der neuerlich unter dänischem Vorsitz in Kopenhagen tagende Europäische Rat den Abschluss der Beitrittsverhandlungen besiegeln.

Die EU-Mitgliedstaaten haben die Latte für die Beitrittsreife sehr hoch gelegt. Dies war durchaus begründet, da eine übereilte Übernahme der Freiheiten und Prinzipien des Europäischen Marktes zu wirtschaftlichen Rückschlägen und Enttäuschungen hätte führen können.

Lange und substantielle Übergangsfristen sind aber nicht vertretbar. Es wäre nur wenig verständlich, wenn Mitgliedstaaten, die noch nicht gänzlich am europäischen Binnenmarkt teil-

nehmen, in den europäischen Institutionen mittels ihrer Stimme Entscheidungen in diesen Bereichen beeinflussen.

Im Zuge der fortschreitenden Annäherung an die Europäische Union haben die Bewerberländer eine gewaltige soziale und wirtschaftliche Transition durchlaufen. Gemessen an dem Strukturwandel, der in den Bewerberländern in dieser Zeit stattgefunden hat, sind die nun verbleibenden offenen Fragen nur noch als Details zu werten. Details, deren Lösung aber eine unbedingte Voraussetzung für die Erweiterung ist. Diese gilt es nun unter der Dänischen Ratspräsidentschaft zu lösen.

Umfrage zeigt Optimismus

Vor allem in den Bewerberländern, für die die Umstrukturierungen auch einen schmerzhaften Anpassungsprozess an die Gesetze einer freien Marktwirtschaft bedeutet haben, sind die Erwartungen hoch. Eine von der Bank Austria Creditanstalt unter 720 Top Managern und 9.000 Personen in den Ländern Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Rumänien, Bulgarien, Kroatien und Jugoslawien durchgeführte Umfrage zeigt, dass die Stimmung nach wie vor sehr positiv ist. Insbesondere die Top-Manager aus diesen Ländern setzen hohe Erwartungen in die Erweiterung.

Wird in Kopenhagen kein entscheidender Durchbruch erzielt, könnte diese Stimmungslage kippen.

Der Europäische Rat von Sevilla

Der Europäische Rat von Sevilla, der den Abschluss des in der ersten Jahreshälfte amtierenden Spanischen

Ratsvorsitzes darstellte, stellte diesmal nicht wie vorangegangene Räte die Erweiterung, sondern die Fragen zur Immigration und zur

künftigen Arbeitsweise der EU-Räte in den Vordergrund. Dies ist keineswegs überraschend, da die wesentlichen Eckdaten für die Erweiterung bereits anlässlich vergangener Räte vorgegeben wurden und bei der Finanzierungsfrage keine Annäherung erfolgt ist.

Die Spanische Präsidentschaft kann jedoch auf eine durchwegs erfolgreiche Bilanz zurückblicken. So wurden zahlreiche weitere Verhandlungskapitel abgeschlossen, sodass nun nur noch einige länderspezifische Problemkapitel und die Frage der Finanzierung offen sind. Der Europäische Rat bekräftigte, dass es nach wie vor das Ziel ist, die Verhandlungen noch im Jahr 2002 abzuschließen. Dem wurde hinzugefügt, dass es wünschenswert sei, dass in der Folge die Vertragsunterzeichnung im Frühjahr 2003 erfolgt.

Um dieses Ziel zu realisieren, wird die nun angetretene Dänische Ratspräsidentschaft vor allem mit der Erweiterung befasst sein:

◆ **Landwirtschaft;** der Europäische Rat kam überein, die Frage der Finanzierung von den übrigen Fragen die im Zusammenhang mit der Landwirtschaft stehen (Produktionsquoten, Qualitätsstandards, Übergangsfristen etc.) abzukoppeln. Damit ist es möglich, die Verhandlungen zu 95 % des EU-Landwirtschafts-Acquis aufzunehmen und bis Oktober abzuschließen.

◆ **Finanzierung;** neben den noch auszuverhandelnden Regionalbeihilfen, wird vor allem die Frage der Direktzahlung in der Landwirtschaft zu klären sein. Bevor die Verhandlungen mit den Bewerberländern aufgenommen werden können, muss sich die EU-15 auf eine gemeinsame Position einigen. Nach wie vor ist dazu noch keine Annäherung erfolgt. Großbritannien, Schweden, Niederlande und allen voran Deutschland fordern, dass noch bevor eine gemeinsame EU-Verhandlungsposition festgelegt werden kann, die wesentlichen Leitlinien der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) beschlossen sein müssen.

Nach Ansicht dieser Länder ist ein Abgehen von dem derzeit teureren System der Direktzahlung unbedingt noch vor der nächsten Finanzplanung erforderlich.

Sechs Monate vor geplantem Verhandlungsabschluss scheint noch alles offen zu sein.

Sie befürchten, dass eine Übertragung des derzeitigen Systems auf eine Gemeinschaft mit 25 Mitgliedstaaten zu hohe Kosten darstellt.

Dies ist nicht ganz unbegründet, da die Landwirtschaft gegenwärtig knapp mehr als 50 % des gesamten EU-Haushalts für sich in Anspruch nimmt. Diese Auffassung wird aber nicht von allen Mitgliedstaaten geteilt. So sind u.a. Frankreich und Irland Nettoempfänger bei der Landwirtschaft und haben bereits ihre Abneigung zu einem solchen Vorhaben kundgetan.

Eine Einigung über die Reform der GAP wird es voraussichtlich nicht vor dem Europäischen Rat in Kopenhagen (Dezember 2002) geben. Sollte erst dann eine Gemeinsame Position der EU-15 zustande kommen, ist es wenig wahrscheinlich, dass gleichzeitig auch die Verhandlungen dazu mit den Bewerberländern abgeschlossen werden können.

◆ **Offene Verhandlungskapitel;** mit Ausnahme von Bulgarien und Rumänien wurden nahezu alle Verhandlungskapitel vorübergehend abgeschlossen. Für alle Kandidaten gilt, dass die Kapitel Budget und Landwirtschaft noch offen sind. Für die übrigen offenen Kapitel gilt, dass das jeweilige Bewerberland aufgrund spezifischer Probleme keinen Abschluss zustande gebracht hat.

Ein solches Problemkapitel ist die Wettbewerbspolitik, die nach wie vor mit Tschechien, Ungarn, Slowakei, Polen und Malta offen ist. Außer Malta verfügen diese Länder über Beihilfensysteme (in der Regel Investitionsanreize in Form von Steuererleichterungen), die nicht mit dem EU-Wettbewerbsrecht vereinbar sind.

Ein weiteres Kapitel, das drei Bewerberländer nicht abgeschlossen haben, ist die Regionalpolitik. Hier geht es vor allem um die Klassifizierung der Fördergebiete und um das Vorhandensein ausreichender Verwaltungskapazitäten.

Selbst dann, wenn alle noch offenen technischen Kapitel abgeschlossen werden, stellt sich immer noch die Frage, ob einige Bewerberländer gewisse Kapitel noch nachverhandeln wollen, um ein „besseres“ Ergebnis zu erzielen. Malta, das mit Juni 2002 noch 8 offene Kapitel hat, wird die Verhandlungsintensität erhöhen müssen.

◆ **Irland;** Irlands Regierung wird im Spätherbst diesen Jahres eine neuerliche Volksbefragung betreffend die Ratifikation des Vertrages von Nizza durchführen. Um Ängste über die mit dem Nizzavertrag verbundene Aufgabe der Neutralität und einer verpflichtenden Beteiligung an militärischen Aktionen und an einer EU-Armee zu zerstreuen, wurde nun anlässlich des Rates von Sevilla eine Erklärung angenommen, die festhält, dass die Teilnahme Irlands an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU von keiner Bedeutung für die militärische Neutralität Irlands ist und dass Irland an keine gemeinsame Verteidigungsverpflichtung gebunden ist.

Die Erweiterung selbst sollte kein Grund für eine Ablehnung des Vertrages von Nizza sein, da nach Umfragen 60 % der irischen Bevölkerung für die Erweiterung sind.

Sollte trotz alledem das neuerliche Referendum abermals negativ ausgehen, so steht die Europäische Union vor einem Problem. Rechtlich wäre es zwar möglich ein

neuerlich negatives Votum zu ignorieren, jedoch wird dies politisch nur schwer vertretbar sein.

Andererseits sollte es nicht möglich sein, dass weniger als 1,5 % der EU-Bürger wesentliche Entscheidungen über die Zukunft Europas, die von allen Mitgliedstaaten beschlossen wurden, blockieren können.

◆ **Zypern;** in den Schlussfolgerungen des Rates wird festgehalten, dass die Europäische Union eine starke Präferenz für den Beitritt eines vereinten Zyperns hat, auch wenn dies keine Voraussetzung für den Beitritt ist. Derzeit ist die Insel nach wie vor in einen griechischen und in einen türkischen Teil getrennt. Der Europäische Rat weist darauf hin, dass Zypern wenn es einmal Mitglied ist, im Rat mit einer einzigen Stimme sprechen muss und dass jetzt unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen eine einmalige Gelegenheit für eine Zusammenführung der beiden Teile der Insel besteht. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob Griechenland einer Ratifizierung der Beitrittsakte zustimmt, wenn diese die Aufnahme der geteilten Insel vorsieht.

Alles im Plan?

Damit ergibt sich sechs Monate vor dem geplanten Verhandlungsabschluss ein Bild, das alles offen lässt. Für einen Abschluss der Verhandlungen unter dänischer Präsidentschaft spricht, dass bislang alle politischen Zusagen auf Ende 2002 fixiert waren. Es ist davon auszugehen, dass sich ab September die Mitgliedstaaten und die Bewerberländer in permanenten Verhandlungen auf Botschafter- und Ministerebene befinden werden. Wenn der Wille

zum Abschluss der Verhandlungen vorhanden ist, werden damit alle technischen Fragen zu lösen sein.

Auch für die Fortschrittsberichte im Oktober 2002 ist davon auszugehen, dass eine Formulierung gefunden wird, die einen Beitritt von 10 Staaten mit 2004 ermöglicht. Dies würde in der Folge die Bewerberländer zu Zugeständnissen im Rahmen der Verhandlungen ermuntern.

Es ist auch davon auszugehen, dass sobald eines der Bewerberländer von der derzeit gemeinsamen Forderung, dass ab 2006 eine Gleichbehandlung (betreffend die Finanzierungen) mit den derzeitigen Mitgliedstaaten sichergestellt sein muss, abweicht, andere Kandidaten folgen werden. Einen solchen Effekt hat es bereits im Zuge der Verhandlungen zu anderen unstrittenen Kapitel gegeben.

Was kann also zu einer Verzögerung führen? Noch kann nicht mit 100 %iger Sicherheit ausgeschlossen werden, dass eines der Bewerberländer die Bewertung hinsichtlich der Kopenhagencriterien verfehlt. Voraussichtlich würde dies zu einem Aufknüpfen bereits vorläufig geschlossener Kapitel führen, da der Zeitdruck damit gewinnen ist.

Die Beispielswirkung für andere Bewerberländer ist nur schwer abschätzbar. Sollte es den Mitgliedstaaten nicht gelingen, sich bis Oktober auf die Grundpfeiler der GAP-Reform zu einigen, könnte dies tatsächlich einen Abschluss des Agrarkapitels unmöglich machen. Schließlich könnte eine neuerliche Ablehnung des Vertrages von Nizza durch die irische Bevölkerung zwar nicht der Erweiterung verhindern, jedoch zu einer Verzögerung führen. ■

Peter Schneidewind

Der Donaauraum- Zusammenarbeitsprozess:

Ziele und Herausforderungen

Ende Mai 2002 fand in Wien eine internationale Konferenz der Außenminister der 13 Donaauraumstaaten sowie aller wichtigen im Donaauraum aktiven internationalen Organisationen statt, bei welcher der „Donaauraum-Zusammenarbeitsprozess“ (DRZP) formell gestartet wurde¹. Initiiert wurde die Konferenz von Rumänien, Österreich, dem Stabilitäts- und der Europäischen Kommission.

Die Konferenz und deren Ergebnis – eine „Deklaration über die Einrichtung des Donaauraum Kooperationsprozesses“ – sind in mehrfacher Weise bemerkenswert.

Die Zusammensetzung der teilnehmenden Staaten

Die Donaauraum-Staaten können vier verschiedenen Typen zugeteilt werden. EU-Mitglieder, EU-Kandidatenländer, Staaten im sog. Stabilisierungs- und Assoziationsprozess, der beim Gipfel in Zagreb 2001 ins Leben gerufen wurde² und schließlich Länder, die zwar auf vielfältige Weise mit der Union verbunden sind, aber keine

Perspektive auf einen Beitrittsprozess haben. Bei der für 2004 beschlossenen Folgekonferenz in Bukarest sind möglicherweise schon 6 der dreizehn Donaauraum-Staaten EU-Mitglieder. Die unterschiedliche Stellung der Donaauraum-Staaten im Integrationsprozess gibt der Donaauraum-Zusammenarbeit besondere Bedeutung – für die (gemeinsame) Beitrittsvorbereitung aber auch für die Vorbereitung auf die Gestaltung der Beziehungen mit den zukünftigen Nachbarn der EU.

Der Donaauraum erhält erstmals politische Gestalt

Auch nach 1989 blieb der Donaauraum im Wesentlichen ein akademisches Konstrukt, dessen reale Bedeutung im politischen Alltag und in der politischen Strategieentwicklung weit hinter den Vorstellungen seiner (akademischen oder politischen) Fürsprecher zurückblieb. Die im Donaauraum aktiven internationalen Organisationen, die entweder seit längerem bestanden oder neu eingerichtet wurden, haben eine in Theorie und Praxis enge sachpolitische Ausrichtung (Donaukommission, ICPDR) oder sind territorial zwar überlappend, aber

völlig anders fokussiert (CEI, SEECP, SECI etc.)³. Einzige Ausnahme stellt die Arbeitsgemeinschaft Donauländer dar, die seit Anfang der 90er sehr ähnliche Ziele wie der DRZP verfolgt. Durch die Verankerung auf der regionalen (teil-staatlichen) Ebene blieb die politische Bedeutung auf internationaler Ebene eher beschränkt.

Auch wenn die Protagonisten sehr deutlich machen, dass der DRZP keine neue Organisation oder Institution mit Mittelausstattung oder formellen Strukturen sein soll (sondern sich in der Verfolgung seiner Ziele ausschließlich bereits bestehender Institutionen bedienen wird), so ist der DRZP doch der erste Versuch, dem Donaauraum (zumindest als Potenzial/Anspruch) eine politische Identität und eine gemeinsame Entwicklungsperspektive zu geben.

Mit der politischen Option für den Begriff des Donaauraums könnte darüber hinaus auch ein Schritt zur Überwindung des in jeder Hinsicht unglücklichen Begriffs „Balkan“ getan sein und – da Politik immer Sprachpolitik ist – damit zur Überwindung von der ebenso glücklosen Balkanpolitik beitragen.

Kräftiger Impuls für transnationale Kooperation

Der Fortschritt der Europäischen Integration hat eine neue Dimension regionaler Entwicklungspolitik hervorgebracht: die transnationale Ebene. Die transnationale Ebene umspannt nach dem Verständnis der EU große geographische Regionen, die mehrere Staaten oder Teile davon (Regionen) umfassen. Zur Förderung der Kooperation auf dieser Ebene hat die EU eine eigene Gemeinschaftsinitiative – Interreg IIB – aufgelegt. Das Europäische Raumentwicklungskonzept (EUREK), von der Kommission und den Mitgliedstaaten 1999 in Potsdam gemeinsam verabschiedet, beschreibt die transnationale Ebene als jene, auf der ein großer Teil der räumlichen Entwicklungspolitik in Europa realisiert werden sollte. Von den neun großen europäischen Kooperationsräumen, die in Interreg IIB festgelegt wurden, ist einer der „Central-, Adriatic, Danubian and Southeast-European Space“, kurz CADSES. Mit dem DRZP hat ein weiterer Teilraum des CADSES nunmehr auch politische Struktur und Gewicht erhalten.

Die sechs Dimensionen und vielen Herausforderungen des DRZP

Die politische Deklaration nennt sechs Dimensionen der Donaauraumzusammenarbeit:

- ◆ die wirtschaftliche Dimension,
- ◆ die Schifffahrts-Dimension,
- ◆ die ökologische Dimension,

1) Bei der Vorbereitung der Konferenz einigte man sich darauf, alle Staaten, deren Territorium zu einem erheblichen Teil zum hydrologischen Becken der Donau gehört oder die Anrainer der Donau sind, als Donaauraum-Staaten zu bezeichnen. (vgl. auch Abb 1).

Es sind dies – in alphabetischer Reihenfolge: Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Deutschland, Jugoslawien, Kroatien, Republik Moldau, Österreich, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, die Ukraine und Ungarn.

2) Aus dem Donaauraum sind dies Bosnien und Herzegowina, Jugoslawien und Kroatien; weiters zählen dazu noch Albanien und Mazedonien.

3) Eine kurze Zusammenfassung der donauraum-relevanten bestehenden internationalen Organisationen und Initiativen findet sich in: Schneidewind, Peter, et al., *Towards Danubian Co-operation*, Vienna 2001.

- ◆ die touristische Dimension,
- ◆ die kulturelle Dimension und die
- ◆ sub-regionale Dimension, naturgemäß ohne diese näher zu spezifizieren, jedoch unter Hinweis auf die jeweiligen Institutionen, die dazu aufgerufen sind, darin eine führende Rolle zu spielen. Genannt werden die besondere Bedeutung des Transportwesens für die wirtschaftliche Dimension und folglich die Managementstrukturen der Pan-Europäischen Korridore VII (die Donau), IV, V und X, für die Schifffahrtsdimension, die Donaukommission und für die ökologische Dimension die ICPDR. Generell soll die Zusammenarbeit durch Unterstützung bestehender Initiativen und Organisationen und Programme erfolgen, wobei einzelne Staaten oder Institutionen die Führerschaft innerhalb von Dimensionen für konkrete Projekte übernehmen sollen. In einem ersten Arbeitsprogramm, das der Konferenz vorlag, erklärt sich etwa Österreich bereit im Transportwesen eine Führungsrolle zu übernehmen. Jugoslawien strebt die Führerschaft für die touristische Dimension an, Rumänien in der Wirtschafts- und Handelsentwicklung.

In einem Konferenz-Hintergrundpapier, erstellt durch das ÖIR⁴, sind einige dieser Herausforderungen transnationaler Kooperation und die absehbaren Ansätze zu deren Bewältigung auf transnationaler Ebene dargestellt.

An erster Stelle steht dabei wohl bei allen Teilnehmern die Überwindung des Einkommens- und Produktivitätsgefälles, das an der gegenwärtigen Außengrenze der EU beginnt und sich innerhalb des Donaunraums

kaskadenartig fortsetzt. Besonders wichtig erscheint dafür die Beseitigung der Handelsbeschränkungen innerhalb der Region, die der Stabilitätspakt noch heuer durch den Abschluss von multilateralen Freihandelsabkommen zwischen den Stabilitätspaktländern erreichen will. Durch die Danube Region Business Conference soll u.a. die Intensivierung der wirtschaftlichen Kooperation innerhalb des Donaunraums in die Business Community getragen werden. Das Gesamtvolumen und die Verteilung der internationalen Direktinvestitionen zu verbessern, wäre ein wünschenswerter Effekt – dies erfordert jedoch eine Bewusstseinsbildung und Vermittlung der Chancen, die der Donauraum mit seinen rd. 90 Mio. Einwohnern als Markt bietet.

Vorbedingung für die Markterschließung ist die Verbesserung der grenzüberschreitenden und oft auch innerstaatlichen Transportverhältnisse. Das gilt für die Straße aber noch mehr für die Bahn und den Schiffsverkehr. Die Planungen für die Verbesserung der Transportinfrastruktur sind dabei auf transnationaler Ebene schon relativ fortgeschritten. Was noch weitgehend fehlt, ist eine befriedigende, d.h. effiziente, zuverlässige und umweltverträgliche Organisation des internationalen Güterverkehrs.

Gegenüber den Herausforderungen und Aktivitäten der wirtschaftlichen Dimension, zu der als Sonderfall auch noch die Tourismus-Entwicklung zu zählen ist, treten die übrigen Herausforderungen eher in den Hintergrund. Die ökologische Dimension

erscheint zunächst in einer notwendigerweise auf Wachstum orientierten Zusammenarbeit (wenn auch zu Unrecht) von geringer Priorität. Zumal die offenkundigsten Probleme auf transnationaler Ebene – der Schutz der Oberflächen- und der Grundgewässer – durch die Donau-Schutz-Konvention von Sofia weitgehend abgedeckt sind.

Anders verhält es sich mit der kulturellen Dimension, die von allen Teilnehmern stark in den Mittelpunkt gerückt wird, allerdings noch wenig konkrete Aktivitäten oder auch nur gemeinsame Sichtweisen erkennen lässt.

Die Geschichte hat den Donauraum mit einer ganz außerordentlichen kulturellen Verschiedenartigkeit ausgestattet. Diese Verschiedenartigkeit kommt in einer Vielfalt von Sprachen, religiösen Bekenntnissen, Kulturlandschaften und traditionellen Siedlungsformen und Architektur zum Ausdruck und stellt eine besondere Herausforderung für die europäische Integration insofern dar, als hier die Kooperation zwischen Nachbarn mit verschiedenen ethnischen, religiösen und kulturellem Hintergrund eine alltägliche Grundbedingung darstellt. Daher sollte die kulturelle Vielfalt des Donaunraums in erster Linie als „Vermögen“ betrachtet werden. Für transnationale Kooperation besteht die Herausforderung darin, diese Vielfalt zu erhalten und zu fördern und sie gleichzeitig durch die Schaffung entsprechender kultureller Verbindungen zu überbrücken.

Erst wenn der DRZP auch die kulturelle Dimension ebenso ernst nimmt wie die ökonomische, wird er sein wirkliches Erfolgspotential entfalten können. ■



4) Danubian Co-operation. Issues and Perspectives, Studie des ÖIR im Auftrag des BMAA, der Stadt Wien und der Bank Austria Creditanstalt, Wien 2002.

Österreich

BIP/Entstehung					BIP/Verwendung				
real	1998	1999	2000	2001	real	2000	2001	2002	2003
								Prognose BA/CA	
BIP	3,5	2,8	3,0	1,0	BIP	3,0	1,0	1,4	2,4
Land- und Forstwirtschaft	3,1	-3,8	4,3	3,2	Privater Konsum	2,5	1,3	1,5	1,9
Sachgütererzeugung u. Bergbau	4,4	3,4	7,3	0,9	Öffentlicher Konsum	0,9	0,7	0,8	0,5
Energie- u. Wasserversorgung	3,6	3,8	3,3	0,1	Bruttoinvestitionen	3,6	-2,7	-0,5	3,7
Bauwesen	3,4	2,5	0,4	-2,7	Ausrüstungen	11,1	-3,8	1,7	5,8
Handel	3,9	3,1	3,8	-0,1	Bauten	0,3	-1,7	-1,7	1,5
Beherbergungs- u. Gaststättenwesen	3,5	3,2	4,1	6,3	Exporte i.w.S	12,2	4,5	4,7	7,8
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	5,2	1,6	1,5	1,6	Waren	13,5	5,3	4,8	7,4
Kredit- u. Versicherungswesen	3,0	-1,7	9,8	0,7	Reiseverkehr	1,3	2,7	3,0	2,6
Realitätenwesen	3,5	3,7	2,1	2,1	Importe i.w.S.	11,1	2,9	3,4	7,3
Öffentliche Dienste	1,9	1,0	0,9	-1,5	Waren	10,8	2,2	3,3	6,7
Sonstige Dienstleistungen	2,8	0,6	4,1	1,7	Reiseverkehr	4,4	4,9	1,8	1,5

Konjunkturindikatoren

	Sachgüter- erzeugung Vdg. z. Vj. in %	Bau- produktion ¹ Vdg. z. Vj. in %	Einzelhandels- umsatz nom. Vdg. z. Vj. in %	Über- nachtungen Vdg. z. Vj. in %	Unselbst. Beschäftigte in 1.000	Vdg. z. Vj. in %	Arbeitslosen- quote nat. Def., in %	VPI Vdg. in %
1997	7,2	2,3 ²	-0,1	-3,4	3.055,5	0,3	7,1	1,3
1998	9,0	2,2	2,6	1,5	3.076,6	0,7	7,2	0,9
1999	6,0	1,3	3,0 ²	1,6	3.107,9	1,0	6,7	0,6
2000	9,9	3,6	2,6	0,7	3.133,8	0,8	5,8	2,3
2001	0,2	-2,1	0,4	1,3	3.148,2	0,5	6,1	2,7
Aug. 01	-1,2	-4,1	2,1	-0,3	3.220,9	0,4	5,0	2,5
Sept. 01	-3,2	-6,9	-3,9	-7,9	3.188,0	0,4	5,2	2,6
Okt. 01	-0,7	4,4	1,5	4,6	3.163,8	0,3	5,8	2,5
Nov. 01	-7,1	-0,5	-0,5	5,9	3.137,5	0,1	6,7	2,1
Dez. 01	-2,8	-12,9	-2,0	4,8	3.100,6	0,0	8,0	1,9
Jän. 02	-2,1	-21,0	0,3	-1,4	3.065,9	-0,2	8,9	2,1
Feb. 02	-3,8	2,3	0,7	5,2	3.084,0	0,0	8,5	1,9
März 02	-3,5	-2,6	0,9	12,3	3.121,5	0,3	7,4	1,9
April 02			-1,3	-25,0	3.128,3	0,0	6,9	1,8
Mai 02				14,1	3.156,2	0,2	6,2	1,9
Juni 02					3.181,9	0,3	5,7	1,7

1) Wert der technischen Gesamtproduktion von Hoch- und Tiefbau / 2) Neue statistische Basis

Zinsen und Währungen

	3M-Geld			10J-Benchmark			Wechselkurs ... /Euro		
	10.7. 2002	in 3 Monaten	in 12 Monaten	10.7. 2002	in 3 Monaten	in 12 Monaten	10.7. 2002	in 3 Monaten	in 12 Monaten
Österreich				5,2	5,1	5,6			
Euroland	3,3	3,3	4,0	5,0	4,9	5,4			
USA	1,8	1,8	2,8	4,7	4,8	5,6	0,99	1,03	0,98
Japan	0,07	0,10	0,25	1,3	1,4	1,8	117	118	118
UK	4,1	4,4	5,2	5,1	5,0	5,5	0,64	0,67	0,69
Schweiz	1,2	1,3	2,3	3,2	3,4	3,9	1,47	1,48	1,50

Quelle: Statistik Austria; BA/CA Konzernvolkswirtschaft

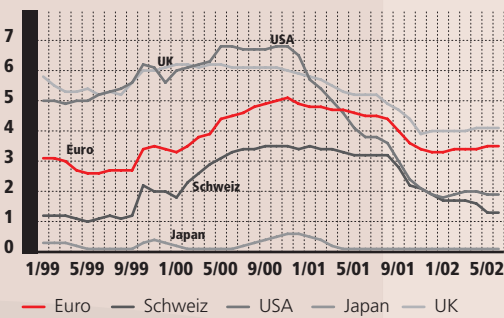
International

	BIP						VPI*					
	(real, Vdg. in %)						(in %)					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Österreich	3,5	2,8	3,0	1,0	1,4	2,4	0,8	0,5	2,0	2,3	1,7	1,6
Deutschland	2,2	1,5	3,0	0,6	1,1	2,0	0,9	0,6	2,1	2,4	1,5	2,0
Frankreich	3,4	2,7	3,5	2,0	1,7	2,3	0,7	0,6	1,8	1,8	2,1	1,8
Italien	1,5	1,4	2,9	1,8	1,2	2,2	2,0	1,7	2,6	2,4	2,2	2,0
Euroland	2,9	2,5	3,4	1,5	1,5	2,3	1,1	1,1	2,3	2,5	2,2	2,0
USA	4,3	4,1	4,1	1,2	2,5	2,7	1,6	2,2	3,4	2,9	2,2	2,4
Japan	-1,1	0,8	2,2	-0,5	-0,7	0,8	0,6	-0,3	-0,7	-0,7	-1,0	-0,5
UK	2,6	2,3	2,9	2,4	2,0	2,5	2,7	2,3	2,1	2,1	2,0	2,0
Schweiz	2,4	1,5	3,0	1,3	1,5	2,5	0,0	0,8	1,5	1,0	0,7	1,0

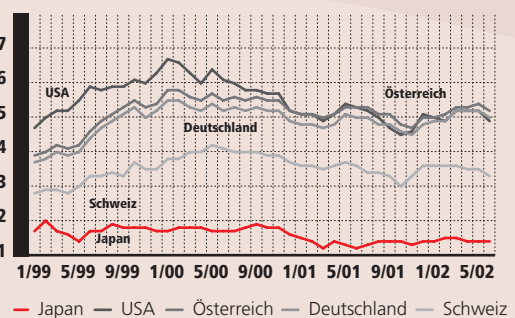
*) für Länder der Eurozone HVPI

	Budgetsaldo						Leistungsbilanz					
	(in % des BIP)						(in % des BIP)					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Österreich	-2,4	-2,3	-1,5	0,1	-0,4	-0,4	-	-	-	-	-	-
Deutschland	-1,7	-1,4	-1,3	-2,7	-2,7	-1,7	-	-	-	-	-	-
Frankreich	-2,7	-1,6	-1,3	-1,4	-2,5	-1,3	-	-	-	-	-	-
Italien	-2,8	-1,8	-1,5	-2,2	-2,0	-1,5	-	-	-	-	-	-
Euroland	-2,0	-1,2	-0,7	-1,3	-1,8	-1,0	0,7	0,4	-0,9	-0,1	0,2	0,4
USA	0,8	1,3	2,4	1,5	-1,9	-1,4	-2,5	-3,5	-4,5	-4,3	-4,5	-4,4
Japan	-5,0	-7,0	-7,4	-10,0	-13,0	-13,0	3,2	2,4	2,5	2,1	2,6	2,8
UK	0,9	1,2	1,8	1,2	0,0	-0,3	-0,1	-1,2	-2,0	-1,8	-2,5	-2,5
Schweiz	0,1	-0,7	-0,3	0,6	0,5	0,5	9,8	11,2	13,1	10,5	10,5	11,1

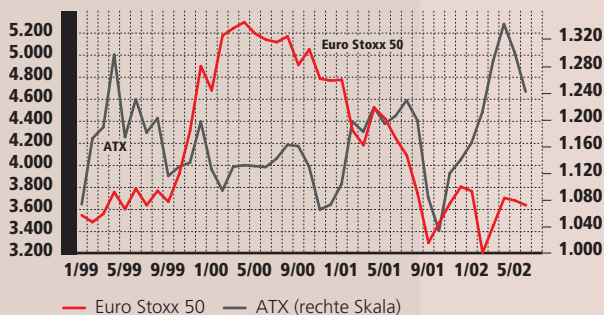
3-Monatsgeld



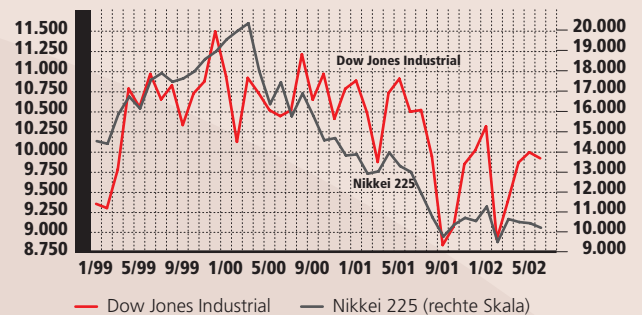
Sekundärmarktrendite



ATX/Euro Stoxx



Dow Jones/Nikkei 225



Quelle: Nationale Statistiken, OECD, BA/CA Konzernvolkswirtschaft

Osteuropa

	BIP						Industrieproduktion					
	<i>(real, Vdg. in %)</i>						<i>(real, Vdg. in %)</i>					
	1999	2000	2001	2002	2003	1989 = 100 2001	1999	2000	2001	2002	2003	1989 = 100 2001
Bulgarien	2,4	5,8	4,0	3,2	4,5	83	-12,5	2,3	0,7	2,0	6,0	43
Kroatien	-0,4	3,7	4,1	3,1	3,6	90	-1,4	1,7	6,0	3,0	4,0	57
Polen	4,1	4,0	1,0	1,2	3,0	145	4,3	7,1	-0,2	1,0	6,0	131
Rumänien	-1,2	1,8	5,3	3,1	4,0	88	-8,7	8,7	8,2	5,0	7,0	47
Russland	5,4	9,0	5,0	3,5	4,0	69	8,4	11,9	4,9	3,0	5,0	48
Slowakei	1,3	2,2	3,3	3,5	4,5	110	-2,9	9,0	4,9	4,5	7,2	89
Slowenien	5,0	4,6	3,0	3,2	3,7	123	-0,5	6,2	2,9	4,5	5,0	80
Tschechien	-0,4	2,9	3,6	3,1	3,8	101	-3,1	5,1	6,8	4,5	6,5	82
Ukraine	-0,4	5,8	9,1	3,8	3,3	47	4,3	12,9	14,2	4,0	4,0	57
Ungarn	4,2	5,2	3,8	3,6	4,4	112	10,4	18,3	4,1	3,5	8,5	136

	Privater Konsum						Bruttoanlageinvestitionen					
	<i>(real, Vdg. in %)</i>						<i>(in % des BIP)</i>					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Bulgarien	...	5,2	2,0	0,8	3,7	3,5	22,9	25,3	8,2	19,9	12,0	10,0
Kroatien	-0,6	-2,7	4,1	4,6	3,8	4,0	3,0	-5,9	-3,5	9,7	4,5	4,7
Polen	4,8	5,2	2,6	2,1	1,2	2,0	14,2	6,9	3,1	-9,8	-7,0	8,0
Rumänien	-4,1	-4,5	1,7	7,5	2,7	2,6	-5,1	-10,8	5,5	6,6	7,0	9,0
Russland	-4,0	-4,4	9,3	8,7	4,0	4,5	-6,7	4,5	18,0	8,7	3,0	6,0
Slowakei	5,3	0,1	-3,5	4,0	3,5	3,0	11,0	-18,5	1,2	9,6	4,0	4,7
Slowenien	3,3	6,2	0,8	1,7	3,0	3,0	11,3	19,1	0,2	-1,9	4,0	6,0
Tschechien	-2,0	0,5	1,4	3,7	3,7	2,8	-3,9	-5,5	5,2	7,0	5,0	6,0
Ukraine	1,8	1,5	6,4	8,3	5,2	5,0	4,8	2,9	6,5	8,3	5,5	5,5
Ungarn	3,8	5,4	4,4	5,1	5,5	3,5	11,4	5,9	6,6	3,1	5,0	6,5

	VPI						Arbeitslosenquote					
	<i>(in %)</i>						<i>(in %)</i>					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Bulgarien	22,3	0,3	9,9	7,4	7,1	4,5	12,2	13,8	18,1	17,5	17,2	17,0
Kroatien	5,7	4,2	6,2	4,9	3,0	3,5	17,6	19,5	21,5	22,3	23,2	21,5
Polen	11,8	7,3	10,1	5,5	3,0	3,6	10,0	12,0	13,9	16,2	18,0	18,0
Rumänien	59,1	45,8	46,2	34,5	24,5	18,0	9,2	11,3	10,9	9,0	10,0	9,5
Russland	27,7	85,7	20,8	21,5	16,5	14,0	11,9	12,6	10,5	9,0	8,5	9,0
Slowakei	6,7	10,6	12,2	7,3	3,6	5,5	13,8	17,5	18,2	18,3	18,2	17,5
Slowenien	8,0	6,1	8,9	8,4	7,7	5,5	7,9	7,6	7,0	6,5	6,2	6,2
Tschechien	10,7	2,1	3,9	4,7	2,9	3,6	6,0	8,6	9,0	8,4	8,8	8,7
Ukraine	10,6	22,8	28,2	12,3	4,0	7,5	3,8	4,3	4,2	3,9	4,0	4,2
Ungarn	14,3	10,0	9,8	9,2	6,0	5,3	7,8	7,1	6,4	5,7	5,7	5,7

Quelle: Nationale Statistiken, BA/CA Konzernvolkswirtschaft

Osteuropa

	Budgetsaldo						Leistungsbilanz					
	<i>(in % des BIP)</i>						<i>(in % des BIP)</i>					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Bulgarien	1,1	-0,9	-1,1	-0,9	-0,9	-0,9	-0,5	-5,3	-5,9	-6,5	-6,3	-5,7
Kroatien	-1,5	-7,1	-7,6	-4,9	-4,2	-3,5	-7,0	-6,9	-2,3	-3,1	-3,2	-3,4
Polen	-3,2	-3,2	-2,7	-5,6	-6,3	-5,5	-4,4	-8,1	-6,3	-4,0	-3,9	-3,9
Rumänien	-2,8	-2,6	-3,6	-3,4	-3,2	-3,0	-7,2	-3,8	-3,7	-5,9	-5,2	-5,7
Russland	-5,1	-2,9	3,0	3,1	1,0	0,0	0,2	12,9	17,9	11,3	7,3	5,2
Slowakei	-5,3	-3,6	-3,9	-4,8	-7,0	-5,0	-10,1	-5,7	-3,3	-8,6	-7,5	-6,1
Slowenien	-0,8	-0,6	-1,4	-1,1	-2,8	-0,8	-0,8	-3,9	-3,3	-0,4	-0,5	-0,8
Tschechien	-2,9	-1,6	-4,3	-5,7	-7,4	-4,4	-2,4	-3,0	-4,5	-4,6	-3,7	-4,0
Ukraine	-2,4	-2,3	-0,7	-1,5	-2,6	-2,2	-3,3	2,8	4,8	3,6	0,5	-0,2
Ungarn	-4,7	-3,4	-3,4	-3,3	-4,6	-4,0	-4,9	-4,4	-2,8	-2,2	-3,5	-3,7

	FDI-Zufluss						Auslandsverschuldung					
	<i>(in Mio. USD)</i>						<i>(in % des BIP)</i>					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Bulgarien	546	478	752	413	900	850	88,9	88,0	93,4	78,0	76,7	70,3
Kroatien	780	1.427	1.106	1.080	1.000	1.000	44,1	49,0	57,8	54,5	51,5	48,5
Polen	5.989	5.797	8.315	5.000	3.000	4.000	37,6	42,4	44,1	41,9	42,9	43,9
Rumänien	2.100	1.029	1.018	1.137	1.200	1.500	25,6	28,9	29,8	31,6	33,3	32,6
Russland	2.761	3.309	2.714	2.540	6.000	7.000	61,9	83,3	54,0	42,8	37,4	33,1
Slowakei	252	711	1.920	1.500	3.800	1.000	58,5	52,1	54,9	55,1	52,2	46,8
Slowenien	131	68	133	338	400	450	25,3	27,4	34,3	35,8	35,3	31,8
Tschechien	3.841	4.204	3.577	4.827	7.500	6.300	43,2	42,6	39,6	39,7	35,5	33,6
Ukraine	747	420	450	769	750	600	43,6	61,5	54,3	43,0	38,8	35,1
Ungarn	1.456	2.612	197	727	650	900	58,0	60,6	66,0	64,3	58,8	55,9

Zinsen und Währungen

	3M-Geld			10J-Benchmark			Wechselkurs ... /Euro		
	19.7. 2002	in 3 Monaten	in 12 Monaten	19.7. 2002	in 3 Monaten	in 12 Monaten	19.7. 2002	in 3 Monaten	in 12 Monaten
Polen	8,8	8,3	7,7	7,7	7,7	7,6	4,1	4,4	4,3
Slowakei	8,2	8,8	8,2	7,7	8,4	7,9	44,8	5,5	5,7
Tschechien	3,3	3,3	4,0	4,8	5,0	6,0	29,7	30,6	30,3
Ungarn	9,5	9,3	8,9	7,7	7,6	7,4	244,9	245,7	245,7

Quelle: Nationale Statistiken, BA/CA Konzernvolkswirtschaft